

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik. Erika Beltz, Michael Beltz, Achim Bigus, Johannes Magel, Renate Munder (1942–2015), Tina Sanders, Hans-Günter Szalkiewicz, Wolfram Triller, Hans Heinz Holz (1927–2011)

Johannes Magel

EDITORIAL

Mit dem Beschluss des 21. Parteitags der DKP, bei den *Wahlen zum Bundestag* anzutreten, kehrt die DKP zur Tradition der KPD und der DKP bis 1989 zurück, Wahlen als Feld des politischen und ideologischen Kampfes zu nutzen. Hans-Peter Brenner bricht eine Lanze für den Wahlantritt und setzt sich dabei auch mit der organisierten Gegenposition von Leo Mayer und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern auseinander.

Neben der Bundestagswahl sind die *Flüchtlingsdiskussion* sowie der antifaschistische Kampf in der *Ukraine* zwei weitere Themen, die die marxistische Arbeiterbewegung in der nächsten Zeit beschäftigen werden.

Doris Pumphrey von der Berliner Friedenskoordination meldet sich mit einem Beitrag zu den Ursachen und den Interessen in der gegenwärtigen Flüchtlingsauseinandersetzung zu Wort. In ihrem Beitrag legt sie den Finger in die Wunde einer politischen Linken, die verlernt hat, Klasseninteressen zum Ausgangspunkt von Analyse und Politik zu machen.

Der Beitrag von Swetlana Ebert von der *Alternativen Presseschau* wirft Licht auf die gesellschaftliche Entwicklung im Donbass – ein Thema, das in der bürgerlichen Presse fast völlig ausgeblendet wird. Sie zeichnet sehr faktenreich nach, welche inneren politischen Kämpfe in der Ukraine zur Gründung der Volksrepubliken im Donbass geführt haben.

Ohne das einigende Bewusstsein von der eigenen Rolle ist es einer kommunistischen Partei unmöglich,

ihre vielfältigen Aufgaben zu erfüllen. Unser Schwerpunkt soll Anregungen bieten, dieses Bewusstsein in der DKP zu erarbeiten. In den Schwerpunkt eingeleitet wird mit einem Beitrag von Daniel Bratanovic zur anhaltenden Notwendigkeit einer kommunistischen Partei angesichts der gegenwärtigen „Idiotie des Partikularismus“.

Jürgen Lloyd nimmt die Bestimmung der *geschichtlichen Identität der KP* als Ausgangspunkt für seinen Beitrag zu ihren – zuletzt in der Partei sehr kontrovers diskutierten – Organisationsprinzipien.

Hans-Günter Szalkiewicz geht die schwierige Aufgabe an, eine kurze Rückschau auf den *21. Parteitag der DKP* zu halten. Er analysiert, dass der Parteitag vor zwei Bewährungsproben gestanden hat: Die Parteiführung, die für den Versuch einer Erneuerung der DKP als revolutionärer Partei steht, zu stabilisieren und die Spaltungsfahr ideologisch zu bewältigen. Er stellt dar, dass der Parteitag die erste Aufgabe gemeistert hat, während die zweite noch nicht vollständig gelöst werden konnte.

Klaus Mausner wiederum reflektiert, wie die DKP in Baden-Württemberg nach dem 20. Parteitag ganz praktisch den roten Faden wieder aufgenommen hat und gibt dabei interessante Anregungen auch für andere Bezirke, wie wir Schritt für Schritt Perspektiven erarbeiten können, um uns *wieder zu einer marxistisch-leninistischen Partei* zu entwickeln.

Mit den *Angriffen auf die Weltanschauung der Kommunistinnen und Kom-*

munisten und mit der Geschichte dieser Angriffe beschäftigt sich schließlich Kurt Baumann in seinem Artikel über unser „unentbehrliches Hilfsmittel“.

Vier Themen stehen aktuell in den linken Debattenspalten – nicht nur der T&P – hoch im Kurs: *Die Strategie im Friedenskampf, die Auswirkungen des Produktivkraftsprungs „Digitalisierung“, der Klassencharakter der VR China sowie die Lehren, die aus dem Scheitern der linken Syriza-Regierung in Griechenland* zu ziehen sind.

In unserem Heft bezieht Richard Corell zur gegenwärtigen „Querfront“-Debatte in der Friedensbewegung Stellung, bei der er „Rosstäuscher“ am Werk sieht.

Stephan Müller hebt die seit einigen Heften in T&P geführte Diskussion zum Charakter der Allgemeinen Krise auf eine neue Ebene, indem er ganz grundlegend in die verschiedenen Felder der Digitalisierungsdiskussion einführt und so einen systematischen Rahmen zur Fortführung der Diskussion auf dem Gleise der marxistischen Produktivkrafttheorie schafft.

Thanasis Spanidis wiederum beschäftigt sich doch recht kritisch mit der China-Diskussion, wie sie in T&P Heft 38 begonnen wurde und Klaus Linder bespricht das Buch des langjährigen Beobachters der Syriza und ihres Scheiterns, Andreas Wehr: *Der kurze griechische Frühling*.



BUNDESTAGSWAHL 2017:

„SEIEN WIR REALISTEN ...“

Der 21. Parteitag hat ein „Ding der Unmöglichkeit“ beschlossen, so kritisieren – nicht nur – Vertreter der sich als „Netzwerk kommunistische Politik“ begreifenden neuen fraktionellen Gruppierung in der DKP.

Die Kandidatur für die Bundestagswahl 2017 sei, wenn sie schon nicht per se irgendwie an Größenwahnsinn erinnere, Ausdruck des auf den Gipfel getriebenen „Sektierertums der neuen Parteiführung“ mit Köbele, Brenner, Richter an der Spitze.

„Die Mehrheit der Parteitagsdelegierten hat die DKP mit der Forderung nach Austritt der BRD aus der EU, der Festlegung auf eine Eigenkandidatur bei den Bundestagswahlen 2017, mit dem Beschluss, die Mitgliedschaft mit Beobachterstatus und die Mitarbeit in der Europäischen Linkspartei einzustellen, in ein (bündnis-)politisches Abseits gestellt.“ So lautet der Vorwurf des jetzt als kollektives Leitungsgremium der neuen „Netzwerk-Fraktion“ agierenden früheren und z. T. noch aktuell gewählten PV-Mitglieder bzw. der ansonsten führenden Funktionäre Detlef Fricke, Uwe Fritsch, Thomas Hagenhofer, Bettina Jürgensen, Volker Metzroth, Isa Paape und Heinz Stehr.

Von einigen dieser Genossinnen und Genossen ist schon aus früheren Amtszeiten des Parteivorstandes bekannt, dass sie einen parlamentarischen Platz für die DKP „oberhalb der kommunalen Ebene“ grundsätzlich nicht mehr sehen. Das äußerte z. B. der vormalige DKP-Vorsitzende, Genosse Heinz Stehr, schon einige Male auf PV-Tagungen nach dem 19. und 20. Parteitag.

So überraschend „neu“ und „aktuell“ ist also keiner der Hauptkritikpunkte aus dem jetzt zirkulierenden „Offenen Brief des Netzwerkes kommunistische Politik an die Mitglieder der DKP“ mit dem Titel „Neue Aktuelle Herausforderungen annehmen – Kommunistische Politik entwickeln“ also garnicht.

Es ist eine alte, ja „uralte Kamel-“le“. Aber auch das Lutschen von „ollen Kamellen“ hat seine Berechtigung. Es sollte nur nicht mit dem Begriff „Politikfähigkeit“ assoziiert werden. Diese Diskussion kenne ich seit meinem Parteieintritt am 16. März 1972 und die Argumente sind immer dieselben:

1. Wir sind zu schwach.
2. Wir blamieren uns wieder nur „als 0,2-Prozent-Partei“.
3. Die „politische Lage“ erfordert eine „kluge“ und „realistische“ Wahltaktik“ und nicht einen „blinden Fundamentalismus“.
4. Die Lage ist (wieder einmal) so „ernst“, die „Rechtsgefahr so dramatisch“, dass man wieder, und wieder, und wieder das „kleinere Übel“ wählen muss: früher SPD, dann Grüne, dann PDS, jetzt Partei die Linke.
5. Sowieso ist ja der parlamentarische Kampf „weniger wichtig“ als der „außerparlamentarische“.

Bei all dem imponiert mir nur eines: Die Ausdauer, mit der vor jeder größeren Wahl wieder ein „neuer Schlauch“ für den „alten sauren Wein“ der Nichtkandidatur aus irgendeinem verstaubten Kellerloch rausgekrämt wird und als „neue strategisch-taktisch weitsichtige Alternative“ angedient wird. Jeder kleine Krämer, der versucht alte abgelaufene Ware als „neu“ doch noch zu verhökern, müsste vor Neid erblassen.

Manche nennen das dann auch „revolutionäre Realpolitik“. Rosa Luxemburg dürfte vor Wut ins Tisch- oder Grabtuch beißen, wenn sie wüsste, wozu dieses einmal von ihr geprägte Wort missbraucht wird.

„... versuchen wir das Unmögliche“

Wem das alles „viel zu platt“, „viel zu verbohrt fundamentalistisch“ und „viel zu stalinistisch-deformiert-sektiererisch“ ist, dem kann ich mit diesen „Reflexionen eines alten Kommunisten“ auch nicht weiterhelfen. Aber vielleicht will ich das ja auch garnicht.

Vielleicht reicht ja, dass ich alle linken Kuba-Freunde und Kuba-Reisende an ihren/meinen Besuch im „Museum der Revolution in Havanna“ erinnere.

Wer dort vor diesem bescheidenen Motorboot namens „Granma“ steht, mit dem Fidel, Raul und Che mit ihrer „riesigen Armada und gewaltigen revolutionären Streitmacht“ von sage und schreibe 82 Mitkämpfern zur Zerschlagung des vom US-Imperialismus hochausgerüsteten diktatorischen Batista-Regimes antraten, der bekommt eine leichte Ahnung von dem, was bereits alles „unmöglich“ in der langen Geschichte der kommunistischen Bewegung war.

Die Kandidatur der DKP ist kein „revolutionärer“ Akt: Ende 2017 werden wir nicht zum „Sturm“ aufs Bundeskanzleramt blasen. Und der DKP-Vorsitzende wird auch nicht Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates von Essen oder Berlin sein. Und er wird auch künftig nicht im Bundestag sitzen. Aber etwas anderes wird er bei und nach einer Kandidatur seiner Partei bilanzieren können:

1. Wir haben als DKP erklärt und gezeigt, dass wir eine wählbare programmatische Alternative haben, die auch für eine bundesweite oppositionelle Kraft mit Positionen in den Parlamenten eine gute Plattform darstellt, mit der man eine wahrhaft linke Alternative zur Politik der äußersten parlamentarischen und reaktionären Rechten, der AfD, entwickeln kann.
2. Wir haben als DKP erklärt und gezeigt, dass wir in der Frage von Krieg und Frieden eine wählbare programmatische Alternative haben, und dass die Partei auch als eine bundesweite oppositionelle Kraft zur Erringung von Positionen in den Parlamenten antritt, die konsequent gegen die Kriegstreiber der NATO und des deutschen Kapitals auftritt. Wir werden zeigen, dass die DKP in der Frage von Krieg und Frieden seit Beginn ihrer Existenz konsequent und unbestechlich ist, dass sie, anders als die

- Linkspartei, diese Position nicht zugunsten irgendwelcher Regierungsbeteiligungen aufgeben wird.
3. Wir werden nach tausenden – auch mühsamen – Gesprächen über bzw. bei Unterschriftensammlungen für unsere Kandidatur mit Menschen, die eine Alternative zur Diktatur der ein Prozent der Milliardäre und Millionäre, sowie zu AfD, CDU-CSU, Grüne, SPD, FDP suchen. unser Sofortprogramm und unser Bundestagswahlprogramm vorgestellt haben. Auf diese Art werden wir konkret und nüchtern unseren Anspruch anmelden, wieder eine politische Partei zu werden, die um politischen Einfluss – auch wahlpolitisch messbar – unter den arbeitenden Menschen und der Jugend kämpft.
 4. Wir werden die Aktivität und öffentliche Präsenz vieler Kreise und Gruppen erhöht haben, die mit dem Sofortprogramm und dem Wahlprogramm der DKP in der Hand wieder gelernt haben/lernen mussten ihre Argumentationsfähigkeit im Gespräch mit „Otto Normalverbraucher und Lieschen Müller“ zu schärfen.
 5. Wir werden gelernt haben, wie gut es ist, wenn man gemeinsam als Kollektiv am Infostand oder an Haustüren für die gemeinsame Sache diskutiert und wie es ist, wenn eine(r) dem/der anderen dabei argumentativ unter die Arme greift.

6. Wir werden gespürt haben, wie wohlthuend es ist, nach einem Wahlkampfesatz gemeinsam dann ein Bier oder einen Wein zu trinken und die gemeinsam eingeholten Unterschriften zu zählen.
7. Wir werden erfahren haben, dass die Stimmen und die politischen Alternativen der Kommunisten etwas wert sind und gehört werden.
8. Und: Wir werden nicht schon wieder in der blöden Situation gewesen sein, dass wir auf die berechtigte Frage „Und warum kandidiert ihr dann nicht für Eure Vorstellungen?“ verlegen und dumm dastehen und irgendwas von „politischer Vernunft“ murmeln.

Sind das nicht genug Argumente um das „Unmögliche“ anzupacken?

Kleiner, nicht so toller Trost

Die DKP schlägt sich nicht als einzige, kleine KP seit Jahrzehnten mit dieser Frage herum. Auf der Homepage unserer „Netzwerker“ erklärt soeben der neue Vorsitzende der KP der USA, wie „kompliziert“ jetzt die Wahlempfehlung für seine Partei sei.

Nun, ich bin nicht an seiner Stelle und will mich nicht als US-Wahlrechtsexperte aufspielen. Aber nachdem bereits sein Vorgänger, Sam Webb, die

damaligen Kandidaturen von B. Obama als alternativlos ansah, bleibt sein Nachfolger dieser „Taktik“ mit seiner Empfehlung „Hillary statt Donald“ treu und begründet dies mit den früheren sozial- und außenpolitischen Meriten der ehemaligen Einpeitscherin des Irak- und Syrien-Kriegs und der Einkreisung Russlands sowie der Lieblingskandidatin einiger besonders finanzkräftiger Wallstreet-Kreise.

Wie gesagt, das geht mich eigentlich nichts an. Ich erwähne aber diese Geschichte, weil sie zum einen von der Homepage der „Marxistischen Linke“ sicherlich nicht per Zufall so breit ausgewalzt wird und weil das sprichwörtliche „dicke Ende“ dieser permanenten Empfehlung des „kleineren Übels“ (nicht nur in den USA) eigentlich eine so traurige Angelegenheit für Kommunisten/-innen ist, dass man seine alten katholischen Messdienergebete murmeln müsste: „Mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa“ (Durch meine Schuld, durch meine Schuld, durch meine übergroße Schuld).

Keine so tolle Alternative – meine ich dazu.

** Der Beitrag von Hans-Peter Brenner ist zeitgleich für das Internetportal news.dkp.de vorgesehen.*



Doris Pumphrey

„OFFENE GRENZEN“ UND LINKE WOHLFÜHLRHETORIK

ZU EINER NOTWENDIGEN DEBATTE ÜBER FLUCHTURSACHEN UND -INTERESSEN

„Refugees welcome, wir helfen“ – unter dieser Losung lancierte ausgerechnet die Bild-Zeitung im Spätsommer 2015 eine groß angelegte Werbekampagne für die Aufnahme von Flüchtlingen. Prominente halfen – allen voran Ursula von der Leyen und Sigmar Gabriel. Und die politische Linke hielt die Parole „Flüchtlinge willkommen“ nicht nur ausländerfeindlichen Sprüchen der rechten Demagogen und Neonazis entgegen, sondern machte sie mit der For-

derung nach „offenen Grenzen“ gleich zum „linken“ Wohlfühl-Programm. Das Thema „Flüchtlinge“ – bisher im linken Spektrum vor allem emotional behandelt – bedarf dringend einer ehrlichen Diskussion, die alle Perspektiven der Migrations- und Flüchtlingsproblematik berücksichtigt: Die Ursachen, die Interessen des Kapitals, die Folgen für die Herkunftsländer und die zunehmende soziale Unsicherheit im Einwanderungsland.

Der Imperialismus schafft Migranten- und Flüchtlingsströme

Zunächst ist es wichtig, sich in Bezug auf die Fluchtursachen mit der Rolle des Imperialismus auseinanderzusetzen. Zum einen provozieren u. a. Handelsbedingungen der BRD/EU zugunsten deutscher/europäischer Firmen Migrantenströme, denn sie vernichten systematisch die einheimische Produktion in den ehemals kolonial dominier-



ten Ländern und damit für viele die Lebensgrundlagen. Migranten suchen ihr „Glück“ illegal auf gefährlichen Wegen über das Mittelmeer und landen, falls sie die europäischen Küsten lebend erreichen, oft als Tagelöhner in der extremen Ausbeutung landwirtschaftlicher Konzerne. Zum anderen wurde und wird die Migration von Fachpersonal aus ärmeren Ländern durch Regierung und Wirtschaft hierzulande gezielt gefördert. Die Kosten der Ausbildung zahlen die Herkunftsländer. Für diese Immigranten sind die schlechten Arbeitsbedingungen hier meist schon ein Fortschritt im Vergleich zu den Bedingungen in ihren weniger entwickelten Heimatländern. Sie dienen dem Kapital als Lohndrucker. Als Ausländer befinden sie sich zusätzlich noch in einer rechtlich prekären Situation und sind dadurch schwerer für Arbeitskämpfe zu mobilisieren.

Einige, die die Forderung „offene Grenzen“ für besonders „links“ halten, scheinen nicht zu merken, dass dies durchaus dem Arsenal der Imperialisten entspricht. Der Ruf „nach offenen Grenzen ist anschlussfähig an die Praktiken reicher Länder“, schreibt Jörg Goldberg und führt aus, dass die unregulierte Abwanderung aus den ärmeren Ländern nur zum Nutzen der reichen Ländern ist: „Die Abschaffung von Grenzen ist ein neoliberales Projekt“ [1]. Selbst in der DKP meinen einige, der Ruf nach „offenen Grenzen“ oder gar „no border – no nation“ sei besonders revolutionär. Dass die Missachtung von Grenzen und die Zerstörung von Nationen Teil der imperialistischen Kriegsstrategie ist, zeigen geradezu beispielhaft die Subversionen, Interventionen und Aggressionen gegen Jugoslawien, Irak, Libyen und Syrien. Ethnische und religiöse Gruppen wurden und werden gezielt gegeneinander ausgespielt, um ihre nationale Einheit und Identität zu zerstören. Damit soll auch die Verteidigung ihres Landes gelähmt und die Durchsetzung imperialistischer Kontrolle erleichtert werden. Die Grundlagen des Völkerrechts, die nationale Souveränität und territoriale Unversehrtheit werden außer Kraft gesetzt.

Deutsches Kapital ist hocherfreut ...

Durch ihre direkte und indirekte Beteiligung an US-Militäraktionen, durch ihre Waffenlieferungen und

Förderung pro-westlicher Oppositionsgruppen, durch Kürzung der Hilfgelder für die Flüchtlingslager der UNHCR in der Region und durch ihre verheerende Sanktionspolitik gegen Syrien trägt die Bundesrepublik große Verantwortung für die Fluchtursachen. Und nun brüstet sie sich mit der großzügigen Aufnahme von Kriegsflüchtlingen. Auffällig ist, dass die Bundesregierung vor allem an den Flüchtlingen aus Syrien interessiert ist und diese auch bevorzugt behandelt. Unter ihnen sind besonders viele Fachkräfte, die schon heute bei der Versorgung der Bevölkerung und dem Wiederaufbau des Landes fehlen. „Die Ober- und Mittelschicht verlässt das Land“, schreibt die Syrien-Korrespondentin Karin Leukefeld in ihrem empfehlenswerten Buch und berichtet von Hinweisen auf organisierte Kampagnen, die zur Flucht nach Europa bzw. Deutschland animieren [2]. Das Kapital ist natürlich nicht nur an Fachkräften interessiert. Unter dem Vorwand Deutschland brauche Arbeitskräfte – trotz der rund fünf Millionen fehlenden Vollzeitstellen [3] – forderte der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Ulrich Grillo, mehr Flüchtlinge aufzunehmen „aus christlicher Nächstenliebe“ [4]. Daimler-Chef Dieter Zetsche ist da etwas direkter: Die „hochmotivierten Flüchtlinge“ könnten „uns helfen, unseren Wohlstand zu erhalten beziehungsweise zu vermehren“. [5]

Um wessen Wohlstand es geht, muss hier nicht erklärt werden. Und wie das geht, weiß natürlich ifo-Präsident Hans-Werner Sinn: Um die „Idee der Willkommenskultur“ aufrechtzuerhalten müssten Arbeitsplätze für die Flüchtlinge zur Verfügung stehen, aber dafür müsse man natürlich den Mindestlohn senken [6]. „Verschärftes Lohndumping als menschenfreundliche Tat“ maskiert, fasst Werner Rügemer die Heuchelei des deutschen Kapitals treffend zusammen [7]. Natürlich müsse auch das Rentenalter erhöht werden, um „Flüchtlinge zu ernähren“, ergänzt wiederum der ifo-Präsident und denkt vor: „Wir sollten den Flüchtlingsstrom zum Anlass für eine neue Agenda 2010 nehmen“ [8]. Schon gibt es Überlegungen, Hartz-IV-Empfänger vorzeitig – mit lebenslanger Kürzung ihrer Altersbezüge – in die Rente zu zwingen [9]. SPD-Arbeitsministerin Nahles, die Unterkünfte der Flüchtlinge durchkämmen

ließ, um passende Arbeitskräfte zu selektieren, möchte nun alleinerziehenden Müttern Hartz IV kürzen für die Tage, die Kinder bei ihren Vätern verbringen [10]. Vielleicht kommt der Regierung ja auch noch die Idee, Hartz-IV-Empfänger in Massenunterkünfte zu zwingen, da nun auch Flüchtlinge und Migranten auf den Wohnungsmarkt drängen. Die Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt ist gewollt und wird verschärft, sie steigert den Profit, schwächt die Bereitschaft zur Gegenwehr und wirkt wie ein Blitzableiter nach unten. Die Entsolidarisierung „unten“ ist Teil dieser Strategie.

... und die politische Linke übt sich in Wohlfühlrhetorik

Die Einladung Angela Merkels, nach Deutschland zu kommen, war unverantwortlich gegenüber den Migranten und Flüchtlingen. Das Ausmaß der über Medien, Internet und Selfies transportierten Willkommenskampagne wirkte wie ein Sog ins Paradies und schürte enorme Illusionen. Viele Zuwanderer werden hier ein böses Erwachen erleben.

Diese Willkommenskampagne war aber auch unverantwortlich gegenüber den Millionen Einheimischen, die soziales Unrecht und tägliche Demütigung ertragen, und verstärkte ihre Verunsicherung und Existenzangst. Schon lange in ihrer wachsenden Wut von links alleingelassen, begannen sie jenen zuzuhören, die von rechts ihren Sorgen anscheinend Aufmerksamkeit schenken. Statt über die Ursachen von sozialem Unrecht und Flucht aufzuklären, statt aufzuzeigen, dass eine AfD „nur auf die Spitze treibt, was die etablierten Parteien vorbereitet haben“ – wie es Albrecht Müller von den Nachdenkseiten so trefflich formulierte [11]. Um Mitläufer zurückzugewinnen, übten sich Linke aller Schattierungen in der Wohlfühlrhetorik des „Refugee welcome“. Vor allem die „Antifa“, die auf den Demonstrationen gegen die Fluchtursachen nur selten zu sehen ist, bekundet ihre „Solidarität mit den Flüchtlingen“ und beschimpft die Verunsicherten als Rassisten.

Wider die politische Genügsamkeit

Die Reduzierung eines grundsätzlichen und sich zuspitzenden sozialen

Problems dieser Gesellschaft auf ein Problem des Rassismus von Individuen zeigt das Ausmaß der linken politischen Genügsamkeit. Die Entwicklung der letzten Monate – der Zulauf zu rechten Demagogen – war absehbar als Merkel ihre Arme weit öffnete, die „Bild“ und das deutsche Kapital die Empfangstrommeln rührten und die politische Linke mehrheitlich Wohlfühlrhetorik mit linker Politik verwechselte. Dass Flüchtlingen und Migranten, die hier ankommen, geholfen werden muss, ist selbstverständlich. Linke Politik aber erfordert mehr. Internationalistische Solidarität stellt sich gegen imperialistische Aggressionen, Einmischungs- und Destabilisierungspolitik und verteidigt das Völkerrecht auf nationale Souveränität. Sie muss deutlich machen, dass jene, die andere Länder wirtschaftlich ausbeuten, militärisch zerstören und personell ausbluten, die gleichen sind, die zuhause soziales Unrecht verant-

worten und Entsolidarisierung provozieren. Linke Politik begnügt sich nicht mit reaktiven Parolen und Blockaden gegen rechte Gruppen, sondern muss Massen mobilisieren zum politischen Protest gegen die Herrschenden. Linke Politik kennt keine sektiererische Gesinnungsprüfung, sondern weiß, dass der Protest gegen den eigentlichen und gemeinsamen Gegner und seine Methoden erst erfahren werden muss, um zu einem Lernprozess und dadurch wirkungsmächtig zu werden.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] J. Goldberg (2016): Ein neoliberales Projekt, 29.4.2016, neues-deutschland.de
- [2] K. Leukefeld (2016): Flächenbrand – Syrien, Irak, die arabische Welt und der Islamische Staat“, Köln, hier: S. 45ff
- [3] L. Niggemeyer (2016): Flüchtlinge als neue Reservearmee auf dem Arbeitsmarkt? Vortrag im Marx-Engels-Zentrum, 2.4.2016, mez-berlin.de

- [4] „WAZ: BDI-Präsident Grillo: Mehr Flüchtlinge aufnehmen“, 12.8.2015, presseportal.de
- [5] „Die meisten Flüchtlinge sind gut ausgebildet und motiviert. Solche Leute suchen wir“, 7.9.2015, manager-magazin.de
- [6] „Ohne Abstriche beim Mindestlohn finden viele Zuwanderer keine Arbeit!“, 14.9.2015, wiwo.de
- [7] W. Rügemer (2015): Hol Dir Deinen Syrer! Flüchtlinge als Spielball, 22.9.2015, arbeitsunrecht.de
- [8] „Rentenalter muss steigen, um Flüchtlinge zu ernähren“, 7.10.2015, welt.de
- [9] „Hartz-IV-Bezieher droht ‚Zwangsverrentung‘“, 14.5.2016, focus.de
- [10] „Alleinerziehende werden zur Kasse gebeten“, 25.4.2016, tagesspiegel.de
- [11] A. Müller (2016): Einen schlimmeren Rechtsruck als das rücksichtslose Durchboxen von TTIP, die Agenda 2010 und Kriegseinsätze gibt es nicht, 4.5.2016, nachdenkseiten.de



Swetlana Ebert

ZUM BEISPIEL SLAWJANSK

ANTIFASCHISTISCHER WIDERSTAND UND GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IM DONBASS*

Es ist der 11. Mai 2016 – der Tag der Republik, der zweite Geburtstag der Donezker Volksrepublik im Donbass. Unüberschaubar viele Menschen ziehen in riesigen Kolonnen durch die Straßen der Hauptstadt des international (noch) nicht anerkannten Landes, nach Regionen und Städten geordnet. Die Demonstrationzüge tragen Transparente mit deren Namen: Gorlowka, Telmanowo, Dokutschajewsk, Makejewka und anderen. Festlich gekleidete Menschen, die Luftballons in den Farben der Republik, Friedenstauben, Staatsflaggen und rote Fahnen tragen, begrüßen einander mit Hurra-Rufen, während sie an der Tribüne mit dem Staatsoberhaupt der jungen Republik vorbeiziehen. In einer der Marschkolonnen, in der die roten Fahnen überwiegen, ist ein Schild mit dem Städtenamen „Slawjansk“ zu sehen. Von den Zuschauern am Straßenrand werden diese Demonstranten besonders herzlich begrüßt. Spontane Sprechchöre sind zu hören „Slawjansk – Heldenstadt“. Slawjansk, eine kleinere Stadt mit 115.000

Einwohnern vor dem Beginn des Bürgerkrieges in der Ukraine, eine Stadt mitten im Industriegebiet des Donbass, der nach der Zerschlagung der Sowjetunion im Jahr 1991 dem Staat Ukraine zugesprochen wurde, der jedoch wirtschaftlich, kulturell, sprachlich und emotional eng mit Russland verflochten blieb. Eine Stadt, deren Bewohner den Mut hatten, als erste vollkommen ungeschützt durch die russische Regierung sich den Kiewer Faschisten in den Weg zu stellen, die im Februar 2014 in der Ukraine an die Macht geputscht wurden. Eine Stadt, die dafür einen hohen Preis zahlte und bis heute immer noch zahlt. [1]

Euromaidan – Antimaidan

Um die Geschehnisse in dieser Stadt zu verstehen, müssen wir auf den Beginn des Jahres 2014 zurückblicken. Im Winter 2013/14 wurde die Unzufriedenheit der ukrainischen Bevölkerung mit der damaligen Regierung Janukowitschs gezielt von den USA und den führenden

EU-Staaten genutzt, um eine Protestbewegung nach dem Konzept der „Bunten Revolution“ zur Ausweitung ihres Einflussbereichs und zur Destabilisierung Russlands zu schaffen. Dabei bedienten sie sich vor allem der gewaltbereiten nationalistischen und z. T. offen faschistischen Gruppierungen. Das Ergebnis ist bekannt: Die Inszenierung von Todeschüssen auf die Protestierenden als Angriffssignal zum gewaltsamen Sturz der Janukowitsch-Regierung. Weniger bekannt, da dies in unseren Medien völlig ausgeklammert wurde, ist die Tatsache, dass mit dem Aufbau der Euromaidan-Bewegung gleichzeitig auch eine Antimaidan-Bewegung entstand, die immer wieder Protestaktionen in Kiew organisierte. Diese Bewegung wurde zu einem großen Teil von Ukrainern aus dem Südosten des Landes getragen, die sich vor allem gegen die zunehmende Faschisierung und gegen die Russlandfeindlichkeit des Landes wandten. Es gab immer wieder blutige Überfälle auf Teilnehmer der Antimaidan-Bewegung,



sowohl in Kiew selbst als auch auf dem Rückweg der Menschen von Veranstaltungen oder Aktionen. Busse wurden durch fingierte Straßensperren von faschistischen Gruppierungen gestoppt, Menschen verprügelt, verschleppt, ermordet. Von vielen fehlt auch heute noch jede Spur.

Nach dem Putsch der Kiewer Junta spitzte sich der Konflikt rasant zu. Offen wurde davon gesprochen, dass die russischsprachige Bevölkerung des Landes Menschen zweiter Klasse seien und dementsprechend behandelt werden müsste, dass der Status der Krim verändert und der Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte aufgelöst werden müsse. Das Assoziierungsabkommen mit der EU und die Pläne der USA sahen vor, die Bergwerke und Industrieanlagen im Donbass zu schließen sowie die wirtschaftlichen Verflechtungen des Südostens der Ukraine mit der russischen Industrie zu zerreißen. Die Gegner dieser Entwicklung wurden umgehend zu Staatsfeinden erklärt, verhaftet und anderweitig verfolgt und schikaniert. Aufgrund des ständig wachsenden Widerstandes vor allem im Südosten der Ukraine fasste die Kiewer Putschregierung den Beschluss, diesen Teil des Landes gewaltsam zu „befrieden“.

Slawjansk im Widerstand

Am 12. April 2014 wurde die Gebietsabteilung der Polizei in der Stadt Slawjansk von Mitgliedern der kurz zuvor gegründeten „Volksmiliz des Donbass“ und anderen Bürgern der Stadt und der näheren Ortschaften besetzt. Sie forderten eine Föderalisierung der Ukraine. Dabei wurden sie vor allem von den örtlichen Strukturen der KPU und anfangs auch durch die damalige Bürgermeisterin, Nelly Stepa, unterstützt. Die örtlichen Organisationen der KPU waren im Gegensatz zur Parteiführung des Landes bereit, am aktiven Widerstand teilzunehmen. Maßgeblichen Anteil an der Organisation des Widerstands hatte der Vorsitzende der Stadtorganisation der Kommunistischen Partei der Ukraine, Anatoli P. Chmelewoi, heute der 2. Sekretär der KP der DVR.

Igor Strelkow (Igor Girkin), Mitorganisator der russischen Freiwilligenbewegung und der erste Verteidigungsminister der neu gegründeten

Donezker Volksrepublik, sagte später in einem Video-Interview, dass er von der Krim nach Slawjansk gerufen wurde, um den Widerstand der noch jungen Freiwilligenbewegung der Volksmiliz gegen die ukrainische Armee in dieser Stadt zu organisieren. Während in anderen Städten der Südostukraine die Aufstände blutig niedergeschlagen wurden, gelang es in Slawjansk alle Erstürmungsversuche der Regierungstruppen abzuwehren. In der Stadt wurde eine offene Kommunalwahl durchgeführt und ein kollegiales Verwaltungsgremium geschaffen. Es wurden keine Steuern mehr an Kiew abgeführt.

Barrikaden wurden gemeinsam errichtet, da schon einen Tag später ein Angriff der ukrainischen Armee auf die Stadt durch Kiew angekündigt wurde. An Kontrollposten hielten unbewaffnete Zivilisten Wache, die die Volksmiliz im Falle eines Angriffs umgehend benachrichtigen sollten. Personelle Unterstützung erhielt die Volksmiliz in Slawjansk aus Donezk und anderen Regionen der Ukraine. Freiwillige aus Russland, die der Gewalt der Kiewer Regierung gegen Andersdenkende und dem Faschismus auf dem Vormarsch gegenüber nicht gleichgültig bleiben konnten, verstärkten die Reihen der Volksmiliz, ohne Bezahlung, mit selbst finanzierter (dürftiger) Ausrüstung, ohne finanzielle Absicherung im Verwundungs- oder Todesfall.

Auch in anderen Städten der Region gewann der bewaffnete Widerstand an Struktur. Waffen wurden in kleineren Gefechten oder bei der Besetzung von Polizei- und Geheimdienststationen erbeutet, ausgemusterte und eingelagerte Waffentechnik aus Zeiten der Sowjetunion einsatzbereit gemacht, Panzer von Denkmälern des Großen Vaterländischen Krieges geholt und repariert.

Nicht selten gingen Soldaten der Regierungstruppen mit ihrer Bewaffnung zu den Volksmilizen über. Da sich im Nachbarland Russland inzwischen viele Bürger mit der Protestbewegung des Antimaidan solidarisiert hatten, wurden verschiedene Hilfsinitiativen gegründet, die auch die Volksmiliz in Slawjansk mit dem Nötigsten an Kleidung, Schuhen und Medikamenten ausstatteten. Die russische Regierung unterstützte die Volksmilizen nicht, Strelkow hatte dies bis zum Som-

mer 2014 in seinen Presseerklärungen immer wieder eingefordert.

Ende April wurde die Stadt durch die ukrainische Armee in einen (noch unvollständigen) Blockadering eingeschlossen. Mehr als 10.000 ukrainische Soldaten mit schweren Waffen und Unterstützung der Luftwaffe standen gegen etwa 2500 Volksmilizionäre mit schlechter Bewaffnung.

Auf eine Erstürmung der Stadt wurde vorübergehend verzichtet, da zum einen die ukrainische Armee für den Straßenkampf schlecht vorbereitet war, zum anderen die russische Armee mit einem Manöver in der Nähe der ukrainisch-russischen Grenze begann. Da jedoch Slawjansk zunächst die einzige Stadt war, die sich vollständig unter Kontrolle der Antimaidaner befand, fokussierten sich die Kiewer Machthaber besonders auf die Liquidierung dieses „Brennpunktes“ und begannen am 2. Mai einen Großangriff. Auch dieser konnte von Volksmiliz und unbewaffneten Bürgern, die sich aufopfernd als „lebendes Schild“ an den Zufahrtsstraßen aufstellten, zurückgeschlagen werden.

Als nach dem Massaker in Odessa am 2. Mai jedem klar wurde, mit welcher Grausamkeit die Kiewer Junta Protestierende bestraft, erhielten die Selbstverteidiger im Donbass große Unterstützung durch Freiwillige aus Russland, weiteren ehemaligen Sowjetrepubliken und aus anderen Staaten der Welt. Auch nach Slawjansk, das inzwischen wegen des heldenhaften Widerstands und der Blockade mit Leningrad verglichen wurde und den Beinamen „Heldenstadt“ erhielt, kamen viele kampfbereite Freiwillige, die jedoch nur unzureichend mit Waffen versorgt werden konnten.

Die ukrainische Armee änderte aufgrund der erlittenen Verluste ihre Taktik und begann mit dem Beschuss der Stadt aus schwerer Artillerie. Die Verluste unter der Zivilbevölkerung wuchsen, viele Gebäude und die Infrastruktur wurden zerstört. Bald gab es weder Wasser noch Strom. Die Möglichkeiten zum elektronischen Informationsaustausch brachen zusammen.

Anatoli Chmelewoi, der von Igor Strelkow mit der Versorgung der Bevölkerung beauftragt war, organisierte deshalb zweimal wöchentlich eine Ver-

anstellung auf dem zentralen Platz der Stadt vor dem Lenindenkmal, auf der er persönlich die Bevölkerung über alles Wichtige informierte, Rede und Antwort stand. Nicht nur einmal hielt er die engagiertesten Frauen der Stadt davon ab, sich unbewaffnet den Angreifern entgegenzustellen.

Durch den massiven Artilleriebeschuss wurden die Vororte der Stadt und wichtige Versorgungsindustrie, wie z. B. die Brotfabrik, dem Erdboden gleichgemacht, z. T. unter Einsatz verbotener Munition. Bis zum 4. Juli leistete Slawjansk der ukrainischen Armee Widerstand. Doch durch die Blockade und den andauernden Beschuss waren die Strukturen der Stadt und der Volksmiliz so schwach, dass sie vernichtet worden wären, hätte nicht Igor Strelkow in einer Aktion in der Nacht zum 5. Juli 2014 seine Kämpfer, Aktivisten des Slawjansker Antimaidan und Organisatoren des Referendums und deren Familien sowie die verbliebenen Waffen aus der belagerten Stadt geführt. Im Slawjansker Stadtkomitee der Kommunisten beriet man, wer mit der Volksmiliz nach Donezk gehen und wer den Widerstand und die Partisanenarbeit unter den Bedingungen der Okkupation organisieren sollte.

Bis heute ist Slawjansk von der Kiewer Junta besetzt. Auf die Anhänger des Widerstands ließ die Regierung eine regelrechte Hetzjagd los, mit Drohungen, Folter, Verschleppung von Familienmitgliedern, mit überall aufgestellten Briefkästen für anonyme Denunzierungen, mit Gehirnwäsche in den Schulen und Bildungseinrichtungen, mit der Zwangsdeportation von Einwohnern und der Ansiedlung von regierungstreuen Nationalisten.

Trotzdem konnte der Widerstand der Bevölkerung nicht gänzlich gebrochen werden. Genannt seien hier nur die Veteranen, die sich an das Lenindenkmal der Stadt ketteten, das im Zuge der „Dekommunisierung“ der Ukraine, die per Gesetz vom 9. April 2015 eingeführt wurde, und sowohl die Symbolik der Sowjetunion und der Kommunisten als auch die kommunistische Ideologie im Ganzen verbot, abgerissen werden sollte. Einen Tag lang hielten diese tapferen Menschen bei „ihrem Lenin“ aus, verhöhnt und bespuckt, ehe sie gewaltsam entfernt und Lenin vom Sockel gestürzt wurde.

Aufbau der Volksrepubliken

Während die Widerstandsbewegung in den Regionen Charkow, Saporoshe, Dnepropetrowsk und Odessa blutig niedergeschlagen wurde, gelang es in den Gebieten von Donezk und Lugansk eine neue staatliche Struktur aufzubauen, deren politische Grundsätze die Bildung eines multinationalen Staates, das Volkseigentum an Grund und Boden sowie an den natürlichen Ressourcen und der Antifaschismus sind. Diese Grundsätze wurden in der Unabhängigkeitserklärung vom April 2014 erstmals verankert und sind durch die im Mai 2014 durchgeführten Referenden von der Bevölkerung dieser Regionen bestätigt worden.

Kommunisten waren von Anfang an Aktivisten der Antimaidan-Bewegung und maßgeblich an der Ausarbeitung und Umsetzung der genannten staatlichen Grundsätze in den beiden Volksrepubliken beteiligt. In den ersten Volkssowjets der DVR und LVR gab es ausschließlich linke Kräfte, wie der Vorsitzende der Donezker KP, Boris Litwinow, in einem Interview erklärte. In der DVR gründete sich im Herbst 2014 eine eigenständige kommunistische Partei, die durch die KPRF große Unterstützung erhielt, zu den Wahlen im November 2015 jedoch nicht als Ganzes antreten durfte. Drei Mitglieder der Kommunistischen Partei kamen über die Wahllisten der gesellschaftlichen Organisation *Donezkaja Respublika* ins neu gewählte Parlament.

In den im April 2014 angenommenen Verfassungen der Volksrepubliken ist das Recht auf Arbeit, auf menschenwürdigen Wohnraum, kostenlose Bildung und ein ebensolches Gesundheitswesen fest verankert. Zu den wichtigsten Anliegen bei dem Aufbau der Republiken gehören die Gleichberechtigung aller Nationalitäten und Konfessionen sowie der Anspruch auf sozialen Schutz und soziale Gerechtigkeit. Natürlich ist die wirtschaftliche und soziale Lage in den beiden Volksrepubliken schwierig, wegen der Zerstörungen durch ständigen Artilleriebeschuss auch in den Zeiten der Waffenruhe sowie aufgrund der Blockadestrategie und ständiger Diversionsversuche von ukrainischer Seite aus und der Verweigerung von der Bevölkerung zustehenden Zahlungen, z. B. im Renten- und Sozialbereich.

Schwierigkeiten bei der Schaffung dieser unabhängigen Staaten, besonders hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und politischen Ausrichtung, ergeben sich auch aus dem Kampf verschiedener Klasseninteressen im Inneren der Republiken. Ukrainische und russische Oligarchen versuchen, mit Hilfe von Marionetten in den Verwaltungen und Regierungen durch die Hintertür wieder an Einfluss zu gewinnen. Diesen gefährlichen Prozessen stellen sich zunehmend v. a. die Ministerien für Staatssicherheit beider Länder, aber auch die Volkssowjets, die großen gesellschaftlichen Organisationen und die Kommunisten zusammen mit anderen Linken entgegen. Die vom Volk bestätigten Verfassungen bieten ihnen dabei eine gute Grundlage.

Die Umsetzung des Prozesses der Entwicklung einer antioligarchischen und sozial gerechten Gesellschaft ist unter den Bedingungen des Krieges natürlich alles andere als einfach. In Vielem sind die Republiken auf humanitäre Hilfe angewiesen. Diese kommt noch immer vorrangig aus der Russischen Föderation, in den so genannten „Weißen Konvois“, die Lebensmittel, Waren des täglichen Bedarfs, Baumaterialien, Medikamente und anderes dringend Benötigte bringen und größtenteils über staatliche Einrichtungen und unter öffentlicher Kontrolle an Bedürftige, aber auch an staatliche Verwaltungen, öffentliche Institutionen und medizinische Einrichtungen verteilt wird. Auch der 14-tägige Hilfskonvoi der KPRF lindert die Not dort, wo sie am größten ist.

Jedoch legen die Volksrepubliken Wert darauf, ihre Industrie, die Land- und Bauwirtschaft wieder zu entwickeln, um die Abhängigkeit von humanitärer Hilfe zu verringern. Im Bereich der Landwirtschaft ist dies weitestgehend geschehen, nachdem die landwirtschaftlichen Flächen intensiv entmint und Viehzuchtanlagen neu aufgebaut worden sind.

Staatlich anerkannt wurden die Volksrepubliken des Donbass bis jetzt lediglich von der Republik Südossetien. Deshalb müssen alle Finanztransaktionen ins Ausland über dieses Land, mit dem ein Kooperationsabkommen besteht, abgewickelt werden, was wieder andere Schwierigkeiten und verlustreiche Umwege mit sich bringt. Deshalb



wäre eine Anerkennung der DVR und LVR durch Russland sehr wichtig, wofür sich die KPRF seit langem einsetzt.

Im Inneren der Republiken sind mittlerweile alle wesentlichen Strukturen und Institutionen, die ein Staat benötigt, geschaffen und müssen nun systematisch weiterentwickelt werden. Zunächst war es möglich, in beiden Ländern mit verschiedenen Währungen zu bezahlen, jedoch kristallisierte sich bald heraus, dass der russische Rubel die übliche Währung im Inland wurde. Es gibt ein staatliches Bank- und Finanzwesen, einen republikanischen Mobilfunkanbieter, staatliche Funk- und Fernsehsender. Der Aufbau dieser Bereiche geschah und geschieht in der DVR deutlich transparenter als in der LVR. So wurden viele Kohleschächte, die in der Vergangenheit in der Ukraine privatisiert worden waren, sowie von ihren Besitzern im Stich gelassene Betriebe, wieder verstaatlicht oder zunächst unter Verwaltung des Staates gestellt. Über ein System der staatlichen Kontrolle und Verwaltung sollen die wichtigsten Industriezweige zum Wohle des Volkes und nicht zur Bereicherung Einzelner produzieren. Die Eisenbahn wurde in der Donezker Volksrepublik ebenfalls wieder in Staatseigentum überführt.

Auch die LVR bemüht sich darum, die Betriebe staatlich zu kontrollieren. Immer wieder werden durch die Mitarbeiter der Staatssicherheit und durch gesellschaftliche Kontrollkommissionen Fälle von Misswirtschaft, Korruption und fehlender Lohnauszahlung im großen Stil aufgedeckt. Ausgebaut wird der staatliche Sektor auch in anderen Bereichen, wie im Groß- und Einzelhandel für Lebensmittel, Medikamente oder Treibstoffe. Vor Ort werden Preis- und Qualitätskontrollen über gesellschaftliche Organisationen durchgeführt. Besonders geht es dabei um die Waren des täglichen Bedarfs, für die es staatlich festgelegte Höchstpreise gibt.

Die kommunalen Dienste der DVR sind größtenteils wieder in der Hand des Staates oder der Kommunen. Die Tarife können daher stabil und auf einem wesentlich geringeren Niveau als in der Ukraine gehalten werden. Staatlich geregelt ist auch, dass kommunale Abgaben in der Zeit der Kämpfe nicht

erhoben wurden und auch heute noch in frontnahen Orten, die trotz Waffenruhe von ständigem Beschuss betroffen sind, entfallen. Ein Ministerium für Wiederaufbau koordiniert in der DVR die Reparatur und den Neubau zerstörter Wohnhäuser und kommunaler Einrichtungen.

Grundlegende Bildung und notwendige medizinische Behandlung sind in staatlichen Institutionen beider Republiken kostenlos. Bestimmte Medikamente werden kostenlos an Erkrankte und Verletzte abgegeben, bei den anderen wird versucht, die Preise durch ständige staatliche Kontrolle möglichst stabil zu halten. Die Kindergarten- und jüngeren Schulkinder erhalten eine kostenlose Essensversorgung in ihren Bildungseinrichtungen, der Transport zur Schule und zurück wird staatlich subventioniert.

Die oben beschriebenen Probleme, die die Volksrepubliken zu bewältigen haben, müssen vor dem Hintergrund der Aggression der Kiewer Junta betrachtet werden. Ein Großteil der Infrastruktur, Produktionsstätten der Industrie und der Landwirtschaft ist im Krieg und auch in den „heißen Phasen“ der Waffenruhe zerstört worden, Menschen leben weiter aus Angst vor Beschuss in Kellern, teils ohne Wasser und Strom. Tausende haben ihre Wohnung, ihr Haus, ihre Heimat verloren und müssen von den Volksrepubliken mit dem Nötigsten versorgt werden. Der Wiederaufbau und die Weiterentwicklung beider Staaten wird selbst bei einer konsequenten Einhaltung der Waffenruhe und der eher unwahrscheinlichen Aufhebung der Wirtschafts- und Finanzblockade durch Kiew längere Zeit in Anspruch nehmen. Allein der Wiederaufbau des Zerstörten wird mehrere Jahre dauern.

Rolle der Kommunisten

Die Ausrichtung der Volksrepubliken gegen Oligarchie und ihre Auswüchse, hin zu sozialer Gerechtigkeit, staatlicher Kontrolle über Schlüsselbereiche des Staates, gleichen Rechten für alle Nationalitäten, zur Gleichheit aller Bürger und der Umsetzung der grundlegenden Menschenrechte auf Arbeit, Wohnen, kostenlose Bildung und medizinische Versorgung zog vom Anfang der Widerstandsbewegung an alle Menschen an, die von einem Staat des

Volkes zum Wohle des Volkes träumten. Auch hier ist wieder begrifflich zu unterscheiden, dass im Gegenteil zum Völkischen hier die werktätigen Menschen gemeint sind.

Der mutige und selbstlose Einsatz der Kommunisten bei der Organisation des Widerstands, des Referendums zur Unabhängigkeit des Donbass, im Kampf gegen die Kiewer Aggressoren sowie ihr planvolles, vorausschauendes Handeln bei der Erarbeitung der gesetzlichen Basis der Volksrepubliken und beim Aufbau des Staates brachte ihnen große Sympathien der Werktätigen im In- und im russischsprachigen Ausland ein (dies ist einer der Gründe, warum die Vorgänge in der Ukraine und in den unabhängigen Republiken des Donbass in den hiesigen Medien nur verzerrt oder vage wiedergegeben wurden und auch heute noch werden). Kommunisten saßen anfangs an vielen Schaltstellen der Regierungen beider Länder, der Kommunist Boris Litwinow, späterer Vorsitzender der KP der DVR, war federführend bei der Ausarbeitung von Unabhängigkeitserklärung und Verfassung und wurde im Jahr 2014 Vorsitzender des Donezker Volkssowjets.

Da sich die Bevölkerung der Oblaste Lugansk und Donezk für staatlich unabhängig von der Ukraine erklärt hatte, war es für die Kommunisten nur folgerichtig, eine eigene kommunistische Partei in ihrem Land zu gründen. Dies führte zunächst zu harten Auseinandersetzungen mit der KPU-Führung, die den Verlust ihres Wählerpotenzials im Donbass fürchtete. Inzwischen ist die baldige Aufnahme der kommunistischen Parteien der DVR und der LVR mit Beobachterstatus im Bund der kommunistischen Parteien der Länder der ehemaligen Sowjetunion vorgesehen, sie arbeiten schon jetzt eng auch mit der KPU zusammen und unterstützen die Bruderpartei im Kampf gegen ihre Kriminalisierung und das Parteiverbot seitens der Ukraine.

Die KP der DVR gründete sich im Herbst 2014 und ließ sich als erste Partei der Volksrepublik offiziell registrieren. Kurz danach wurde ein Gesetz angenommen, das die Bildung von Parteien auf dem Gebiet der Donezker Volksrepublik verbot. Lediglich die Gründung von gesellschaftlichen Organisationen wurde zugelassen. In

der LVR wurde ein entsprechendes Gesetz ebenfalls verabschiedet. So organisierten sich die Kommunisten dort zunächst als „Union der Lugansker Kommunisten“. Anfang dieses Jahres vereinigte sich diese Union mit Teilen ehemaliger KPU-Strukturen vor Ort und anderen Sympathisanten zur Kommunistischen Partei der LVR, wobei eine offizielle Registrierung aufgrund der Gesetzeslage wahrscheinlich nicht erfolgen konnte.

Zu den Wahlen zum Volkssowjet und zum Oberhaupt der Volksrepublik Donezk 2014 wurde die KP der DVR aus angeblich formalen Gründen nicht zugelassen, zog jedoch über die Liste der gesellschaftlichen Organisation *Donezkaja Respublika* mit drei Mandaten ins Parlament ein. Im Mai 2016 wurden zwei kommunistische Abgeordnete aus der Fraktion von *Donezkaja Respublika* und damit nach der geltenden Gesetzgebung auch aus dem Volkssowjet ausgeschlossen. Der Inhaber des dritten Mandats, Wadim Seibert, war zuvor bei den Kämpfen bei Debalzewo gefallen. Die KP der DVR geht gegen diese Entscheidung rechtlich vor, ohne jedoch das antifaschistische Aktionsbündnis aufzukündigen.

Die Kommunisten der LVR hatten es ebenfalls schwer, ihre Arbeit zu organisieren, handlungsfähige Strukturen aufzubauen und damit in die Öffentlichkeit zu gehen, da Entscheidungen der Regierungs- und Verwaltungsorgane wesentlich intransparenter und oft scheinbar willkürlich getroffen wurden. Allerdings wurde mit der Gründung der KP der LVR auch ein Mitglied des dortigen Volkssowjets Mitglied der Partei.

Jedoch verfolgen beide kommunistische Parteien ein Ziel: dass die Volksrepubliken den eingeschlagenen Weg zu einer antioligarchischen, sozial gerechten und letztlich sozialistischen Entwicklung weitergehen. Dafür setzen sie sich in ihren Städten und Ortschaften ein, arbeiten aktiv in regionalen Räten und Strukturen der Volkskontrolle, koordinieren ihr Handeln mit den Bruderparteien in der Union der Kommunistischen Parteien der ehemaligen Sowjetunion. Dafür halten sie Anfeindungen und Provokationen stand, die von bestimmten Kräften innerhalb der Regierungen Russlands und der Volksrepubliken, aber auch

von anderen, sich kommunistisch oder links nennenden Gruppierungen vorgebracht werden, die die Aktionseinheit der linken Kräfte aufbrechen wollen und damit letztlich dem Gegner in Kiew in die Hände spielen.

Nicht aus Selbstsucht, nicht aus einem Bereicherungswunsch heraus, sondern mit der festen Überzeugung, dass der Weg der Länder nur zum Sozialismus führen kann, unterstützen die Mitglieder der kommunistischen Parteien die antifaschistischen Kräfte in ihren Republiken und auch in der Ukraine und bemühen sich um die Ausarbeitung eines Konzepts zur weiteren Entwicklung ihrer Länder, die den in den Verfassungen der Republiken verankerten Grundsätzen und dem Wunsch der Mehrheit ihrer Bürger entspricht.

Kehren wir zu unserem Ausgangspunkt, dem Festumzug des Volkes zum Tag der Republik am 11. Mai 2016 in Donezk, zurück. Wir verstehen, wie wichtig es für die Donezker Kommunistinnen und Kommunisten ist, an diesem Tag Flagge zu zeigen. Sie waren unter den Geburtshelfern dieses jungen Staates, der doch schon dem Wickelalter entwachsen ist und den sie heute feiern. Die Mitglieder der Kommunistischen Partei der DVR sind, festlich geschmückt, mit Blumen in den Händen und mit ihren roten Fahnen am verabredeten Treffpunkt versammelt. Plötzlich erscheinen Ordner, die ihnen das Tragen ihrer Fahnen verbieten. Die Flaggen der DVR sind dagegen zugelassen und erwünscht. Die Aufregung unter den Versammelten ist groß. Ganz klar ist hier das Ziel, den Anteil der Kommunisten an der Existenz der Volksrepublik, die nun schon den zweiten Geburtstag feiert, unter den Teppich zu kehren. Spontan beschließt die Kolonne der Veteranen der Garnison von Slawjansk, zu der sich auch verschiedene Flüchtlinge gesellen, aus dieser wirklichen Heldenstadt, die unter dem Terror der ukrainischen Okkupation stöhnt und den heutigen Tag noch nicht feiern kann, die Kommunisten in ihren Reihen mitgehen zu lassen. Schließlich sind sie Kampfgefährten im antifaschistischen Bündnis und mehrheitlich den Ideen der Genossen nahestehend. Den Mitgliedern und Sympathisanten der KP der DVR im Demonstrationszug der Slawjansker haben sich auch Kommunisten und Linke anderer Länder der Erde angeschlossen. Sie marschieren gemeinsam, Seite

an Seite, für eine helle, sozialistische Zukunft. Die Sympathie der Zuschauer und der anderen Demonstrationsteilnehmer im Festumzug des Volkes ist ihnen sicher. Was macht es da schon, wenn sie in der offiziellen Begrüßung durch die Regierung nicht erwähnt werden. Ebenso übrigens, wie die Kämpfer aus Slawjansk, die antifaschistische Solidarität ganz konkret leben, nicht nur an diesem Tag [1].

Konkret gelebte Solidarität, das ist es, was die Kommunisten im Donbass und in der Ukraine, was den antifaschistischen Kampf stärkt. Boris Litwinow, Vorsitzender der Kommunistischen Partei der DVR, formuliert es so: „Die linken, antikapitalistischen Bewegungen müssen sich besser organisieren, vernetzen und internationale Solidarität zeigen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Propagandalügen – etwa, dass Moskauer Truppen im Donbass kämpfen – müssen mit Informationen über die wahren Vorgänge als solche entlarvt werden. An die Werktätigen in Deutschland: Bitte fordert von eurer Regierung, dass sie ihre Unterstützung für Kiew und für dessen Pläne zur Vernichtung unserer jungen Republik einstellt. Hände weg von der Volksrepublik Donezk!“ [2]. Daher ist die derzeit wichtigste Form der Solidarität, die die deutsche Linke, die Kommunistinnen und Kommunisten in- und außerhalb der DKP leisten können, sich über die Entwicklung in diesem Teil Europas zu informieren und Informationen an andere Menschen weiterzugeben. Dazu kann jeder beitragen. Denn nur gemeinsam ist dieser Kampf zu gewinnen!

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Als Quellen für die in diesen Absätzen dargestellten Vorgänge dienen: https://youtube/_GFeOk7TffQ sowie <http://wpered.su/2016/05/17/o-pozicii-centralnogo-komiteta-kommunisticheskoy-partii-dnr-vsvyazi-s-postanovleniem-narodnogo-soveta>.
- [2] Interview, junge Welt, 3.3.2016.

* Swetlana Ebert, *Kommunistin ohne Parteibuch, gehört zum Kollektiv der „Alternativen Presseschau“, das täglich Nachrichten aus den Volksrepubliken des Donbass, der Ukraine und Russland zusammenstellt und übersetzt. Schwerpunkte bei der Nachrichtenauswahl sind die Lage in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie die Situation der Kommunisten vor Ort. Die Übersetzung*



gen werden als Newsletter verschickt und im Blog alternativepressschau.wordpress.com der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Diese Möglichkeit nutzen Leser nicht nur aus den deutschsprachigen Ländern. Für diesen Artikel wurden In-

formationen aus zahlreichen russischen und ukrainischen, regionalen und überregionalen Online-Medien verwendet sowie von Medien aus den Volksrepubliken des Donbass. Ergänzend dazu flossen Informationen aus Materialien der KP

der DVR, aus dem Programm der Bewegung „Novorossia“, aus Videointerviews von youtube sowie sozialen Netzwerken ein (Anm. d. Red.).



Daniel Bratanovic

KÄMPFERIN FÜR DAS WOHL ALLER

WARUM DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DRINGENDE NOTWENDIGKEIT BLEIBT

Ein Prinzip zu verteidigen, von dem es hierzulande im Allgemeinen heißt, es sei old-fashioned oder schlimmer gar, nämlich mausetot, fällt dann schwer, wenn traurige Realität diesem Urteil kaum zu widersprechen scheint. Über einst stolze Kommunistische Parteien sind die Zeitläufte vor einem Vierteljahrhundert so unbarmherzig hinweggerollt, dass derzeit wenig darauf hindeutet, sie würden, sofern sie das überlebt haben, ihr Haupt allzu schnell wieder erheben.

Die Gründlichkeit aber, mit der ein vorläufig siegreicher Kapitalismus seinen früheren Gegner zerlegt hat, hat ihn an sich selbst irre werden lassen, oder anders gesagt: Die restlose Beseitigung des Sozialismus war die Beseitigung jener Korsettstangen und Krücken, die dem Kapitalismus für nicht einmal 50 Jahre eine Stabilität verliehen hatten, die so mancher in der Rückschau als goldenes Zeitalter empfindet.

Idiotie des Partikularismus

Inzwischen ist das Unbehagen an den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen wieder gewachsen. Es äußert sich hie und da progressiv, nicht selten reaktionär. Der Zustand der fortschrittlichen Seite kennzeichnet sich in der Regel durch ein hohes Maß an Unbestimmtheit. Das, was sich da regt, ist begrifflos und vordergründig. Dort, wo linke Organisationen in den vergangenen Jahren zu einer relevanten Kraft herangewachsen waren, die zu übergehen nicht mehr möglich war, zeigte sich schnell deren programmatische und strategische Unzulänglichkeit, sofern man unterstellen darf, dass

ihnen an wirklicher Veränderung lag. Das Schicksal der griechischen Syriza, als Hoffnungsträgerin gehandelt, in atemberaubendem Tempo zur Komplizin des Austeritätsmanagements der Troika verkümmert, spricht Bände, und man muss kein Prophet sein zu behaupten, dass es Podemos in Spanien ähnlich ergehen wird.

Die Folgen der Niederlage vor 25 Jahren sind noch immer nicht verarbeitet – nicht politisch oder organisatorisch, nicht theoretisch. Linke Politik beschränkt sich inzwischen nicht selten auf die Regelung persönlicher Lifestyleangelegenheiten. Dass die auf Konkurrenz gegründete bürgerliche Gesellschaft notwendig in Partikularismen und Interessengegensätze zerfällt, ist kein neuer Befund. Neu sind allerdings das Ausmaß dieser Zersplitterung und der Umstand, dass linke Organisationen zu Vertretern bornierter Sonderinteressen heruntergekommen sind. Von den Industriegewerkschaften dieses Landes hat man bisweilen den Eindruck, sie betrieben einzig die ständische Vertretung ihrer gutbezahlten und festangestellten Facharbeiter-schaft, von der Linkspartei weiß man gleich garnicht mehr genau, in wessen Interesse sie da eigentlich spricht.

Kurzum, die Idiotie des Partikularismus hat weit um sich gegriffen, und kaum einer begreift das als Problem. Es ist aber ein Fehler zu glauben, man könne aus der Not eine Tugend machen und den Pluralismus zum Organisationsprinzip bzw. zum Prinzip der Praxis erheben, wie es etwa im Modell einer Mosaik-Linken gedacht wird. Das wäre nur das schlechte Abbild erbärmlicher Zustände.

Bewusstes Wissen für den Bruch beibringen

Die Kommunistische Partei ist der entschiedene Gegenentwurf gegen solcherlei Beliebigkeit. Ihr Anspruch und ihr Ziel sind noch immer uneingelöst und solange das so ist, besteht die fortdauernde Berechtigung, ja Notwendigkeit ihrer Existenz, die trotzig und unbeirrt gegen die Anwürfe derer zu verteidigen ist, die darin etwas hoffnungslos Veraltetes erblicken, was aber in Wirklichkeit brennende Aktualität besitzt. Die Kommunistische Partei tritt nicht an, um einem Sonderinteresse zum Durchbruch zu verhelfen; „sie kann vielmehr nur kommunistisch sein“, schreibt Hans Heinz Holz, „wenn sie das Wohl aller erstrebt“ [1]. Das ist das, was zunächst abstrakt in ihrem Begriff gedacht wird – *das bonum commune*. Was das sei, kann nicht aus den Bedürfnissen und Bestrebungen der Einzelnen abgeleitet, sondern nur theoretisch bestimmt werden. Der Besitz einer einheitlichen Theorie, die das Ganze der Gesellschaft zu denken vermag, zeichnet eine Kommunistische Partei aus und unterscheidet sie von allen anderen Organisationen, denen unter dem uneingestanden Einfluss postmoderner „Philosophie“ ein universaler Ansatz suspekt geworden ist.

Ihr Name zeigt an, wohin sie will. Die theoretisch begründete Einsicht, dass unter den gegenwärtigen Verkehrsformen, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhen, das Wohl aller niemals Realität werden kann, verlangt unversöhnlich den Bruch mit eben diesen Verhältnissen. Diesen Bruch anzustreben und dereinst herbeizuführen, ist der prakti-

sche Auftrag einer Kommunistischen Partei, den ihr keiner abnimmt. Das ist der eigentliche Sinn des Leninschen Diktums, dass es ohne revolutionäre Theorie auch keine revolutionäre Praxis geben könne. Wie sie das im Einzelnen anstellt, bleiben Strategie und Taktik vorbehalten, die anders als die Grundsätze variabel sein müssen.

Niederlage und anhaltende Schwäche dementieren das Prinzip der Kommunistische Partei mitnichten. Die

Arbeit der Partei ist aber in Zeiten schwerer geworden, in denen die alten Klassenorganisationen bestenfalls noch einen matten Abglanz vergangener Herrlichkeit abstrahlen und deren Mitglieder auch schon einmal besser Bescheid wussten, gegen wen sich der Kampf eigentlich zu richten hatte. Es hilft alles nichts, man wird unverzagt weitermachen müssen mit der Aufklärung. Vor knapp 100 Jahren formulierte Gramsci die Angelegenheit als Aufgabe der Partei so: „etwas aus dem

Proletarier zu machen, wo er vorher ein Nichts war, und ihm ein bewusstes Wissen nahezubringen“. [2]

Quellen und Anmerkungen:

- [1] H. H. Holz (1995): Kommunisten heute. Essen, S. 14.
- [2] A. Gramsci (1987): L'Ordine nuovo 1919–20, Turin, S. 129.



Jürgen Lloyd

ORGANISATIONSPRINZIPIEN EINER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI

„Die kommunistische Partei ist Teil der Arbeiterklasse (und nur der Arbeiterklasse, also nicht bürgerlich-demokratische Sammlung beliebiger Wähler). In ihrem Handeln verwirklicht sich die wissenschaftliche Weltanschauung, die im dialektischen und historischen Materialismus ihre Grundlage hat. Ihre Erkenntnisse und ihr Handeln sollen so in die Arbeiterbewegung rückgekoppelt werden, dass sie zur Herausbildung und Weiterentwicklung des Klassenbewusstseins der gesamten Klasse beitragen. Ihrem Wesen nach ist die kommunistische Partei nicht ein beliebig austauschbares Instrument der politischen Auseinandersetzung im Kapitalismus, sondern sie ist die institutionelle Daseinsform, in der die geschichtliche Bewegung, die (wenn sie erfolgreich ist) zur Aufhebung der Klassengesellschaft führen wird, ihre bewusste (reflektierte) Gestalt gewinnt. Das ist eine geschichtsphilosophisch-kategoriale Bestimmung, keine empirisch-beschreibende; sie gilt also auch dann, wenn kommunistische Parteien hinter ihr zurückbleiben – sei es aus Inkompetenz der Funktionäre, sei es aus strukturellen Widersprüchen in der historischen Situation.“ [1]

So bestimmte Hans Heinz Holz 1991, was er die „geschichtliche Identität“ der kommunistischen Partei nannte. Jeder einzelne Satz verdient es, aufmerksam gelesen und zur Orientierung im Kampf um, für und in der

Partei herangezogen zu werden. Es ist das marxistische Verständnis von Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen, welches konsequent auf die Partei angewendet, zum Kernsatz von Holz führt: Wenn Klassenkampf der eigentlich geschichtsmächtige Faktor ist, dann gilt dies auch für die Gegenwart. Eine Partei – wie jede andere politische Erscheinung auch – kann nur inhaltlich danach zutreffend charakterisiert werden, wie die jeweiligen Interessen im Klassenkampf in ihr zum Ausdruck kommen. Die Organisation, in der die Arbeiterklasse ihr Interesse an der Befreiung von kapitalistischer Herrschaft in eine gesellschaftliche Praxis zum Ausdruck bringt, ist die kommunistische Partei. Sie wird damit auch zum organisierten Ausdruck des Interesses an der Aufhebung jeglicher Klassenherrschaft. An diese marxistisch-leninistische Charakterisierung dessen, was kommunistische Partei ist, muss auch das Organisationsverständnis dieser Partei gebunden sein.

„Aktionsfähigkeit und Stärke“

Für die DKP findet sich in Programm und Statut der Hinweis auf die „Aktionsfähigkeit und Stärke“ der Partei als Motiv für das geforderte einheitliche, gemeinsame Handeln. Es wäre aber eine zu dürre Interpretation, daraus lediglich die Empfehlung „Gemeinsam sind wir stärker“ zu lesen. Dieses Motto ist sicherlich zutreffend – allerdings für uns ebenso, wie für jeden

bürgerlichen Verein. Sich auf dieses pragmatische Argument zurückzuziehen, würde die oben genannte Charakterisierung der kommunistischen Partei außer Acht lassen und die Partei – wie Holz schreibt – als „ein beliebig austauschbares Instrument der politischen Auseinandersetzung im Kapitalismus“ erscheinen lassen. Die Vermutung scheint mir plausibel zu sein, dass genau daher revisionistische Konzeptionen, wie die „Politischen Thesen“ des Sekretariats von 2010, darauf hinauslaufen, die Partei zu einem solch beliebig austauschbaren Instrument verkommen zu lassen.

Demgegenüber gilt es herauszuarbeiten, dass in der spezifischen Rolle der kommunistischen Partei der Grund liegt, warum die Partei keine beliebige Sammlung von Wohlmeinenden sein kann und deswegen aber auch ein besonderes Verständnis von Verbindlichkeit in Weltanschauung und praktischer Umsetzung gefällter Beschlüsse haben muss. Die Aufgabenstellung, der bewussete und vorwärtstreibende Teil der Bewegung zur Aufhebung der Herrschaft von Menschen über Menschen zu sein, begründet sich auf unserem Geschichtsverständnis, welches uns diese Perspektive erkennen lässt (deren einzige Alternative der Untergang in die Barbarei ist). Die Perspektive entsteht nicht als Idee nach der wir „die proletarische Bewegung modeln wollen“ [2], sondern als Ausdruck „tatsächlicher Verhältnisse eines exist-



tierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.“ [3]

Demokratischer Zentralismus: Vielfalt und Einheit

Ausdruck des tatsächlich existierenden Klassenkampfes zu sein, ist nur möglich, wenn die Kommunisten die Wirklichkeit erkennen und in ihrer Veränderbarkeit beschreiben können. Dies ist der Grund für zwei Momente, die sich in den Organisationsprinzipien der Kommunistischen Partei niederschlagen: Die Vielfalt von Einsichten der Genossinnen und Genossen und die Einheit der praktischen Orientierung der Partei.

Wie könnten wir die Aufgabe erfüllen, Ausdruck des realen Klassenkampfes zu sein, wenn wir die Gesellschaft, die Klassen, die in ihr existieren und die Kämpfe, die zwischen ihnen ausgetragen werden, nicht in der ganzen Mannigfaltigkeit der Perspektiven auf diese Wirklichkeit wahrnehmen? Jede Genossin, jeder Genosse bietet die Möglichkeit, seine spezifische Perspektive zur Bereicherung der adäquaten Sicht der Partei auf die Wirklichkeit beizutragen. Der Verzicht auf nur eine dieser Perspektiven stellt stets eine Schwächung der Partei dar. Hierin liegt der Grund für das demokratische Organisationsprinzip der kommunistischen Partei. Es schlägt sich im Artikel 2 des Statuts der DKP nieder in den Rechten jedes Mitglieds, an der Erarbeitung der Politik mitzuwirken, einzeln und mit anderen gemeinsam Kritik und Positionen zu entwickeln, und seine Meinung zu allen die DKP betreffenden Angelegenheiten zu vertreten. Und es schlägt sich

ebenso in der Pflicht der Genossinnen und Genossen nieder, am Leben und der Arbeit seiner Parteigruppe „entsprechend seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten“ teilzunehmen.

Gleichzeitig kann der Zweck, die Partei zum Ausdruck der realen Klassenkämpfe werden zu lassen, nur verfolgt werden, wenn die mannigfaltigen Perspektiven dann auch zu einer einheitlichen praktischen Orientierung der Partei verarbeitet werden. Das ist der Grund für das zentralistische Prinzip der kommunistischen Partei. Es verhält sich nicht etwa gegenläufig zum demokratischen Prinzip der möglichst umfassenden Teilhabe am Reichtum der vielfältigen Perspektiven aller Mitglieder, sondern ist vielmehr die Realisierung dieses Reichtums. Ein „zu viel“ an Zentralismus zu kritisieren, lässt daher nur auf ein falsches Verständnis kommunistischer Organisationsprinzipien schließen. Die Partei kann Fehler machen und zu Orientierungen kommen, die der Lage nicht angemessen sind und sich als falsch erweisen. Je schwächer die gemeinsame Verarbeitung der vielfältigen Perspektiven in der Partei entwickelt ist, desto größer ist die Gefahr solcher Fehler. Aber nicht ein „zu viel“ von Zentralismus schwächt diese Fähigkeit, sondern der Verzicht auf diese, unserer wissenschaftlichen Weltanschauung geschuldeten Arbeitsweise. Eine Partei, die den Anspruch aufgibt, über ihre Politik auf Grundlage einer gemeinsam geteilten, vernünftigen und begründet vorgetragenen – also für alle Genossinnen und Genossen einsehbarer – Weltanschauung verbindlich zu entscheiden, ist keine „demokratischere“, sondern eine schwächere Partei.

Marxismus-Leninismus – verbreiten und anwenden

Es ist gut, dass die DKP auf ihrem 21. Parteitag hierzu klare Entscheidungen getroffen hat. Diese müssen nun vom Parteitagsschluss zur gelebten Praxis der Partei werden. Wie das gehen kann, erklärt sich, wenn wir den Sinn unserer Organisationsprinzipien ernst nehmen. Die Fähigkeit der Partei, die Wirklichkeit, die wir verändern wollen, mit der Vielfalt der Perspektiven unserer Genossinnen und Genossen wahrzunehmen auf der einen Seite und die Fähigkeit, aus den so erarbeiteten Einsichten verbindliche Orientierungen zu erarbeiten auf der anderen Seite – beides benötigt den Marxismus-Leninismus als gefestigte Weltanschauung der Kommunisten. In unserem Statut steht daher zu Recht in Artikel 3: „Es gehört zu den organisatorischen Aufgaben der Partei, die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus unter den Mitgliedern zu verbreiten und die Diskussion über ihre Anwendung in der gesellschaftlichen Praxis auf allen Parteiebenen zu fördern.“ Beide Teile dieser mit „und“ verbundenen Forderung sind beachtenswert. Wir benötigen die marxistische Bildungsarbeit. Und wir benötigen die gelebte Praxis aller Teile der Partei – vom PV bis in die Gruppen – dass wir unsere Politik begründet, nämlich als Anwendung unserer Theorie auf die gesellschaftliche Praxis, erarbeiten.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Hans Heinz Holz: Niederlage und Zukunft des Sozialismus, 1991, S. 51
- [2] Marx, Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 474
- [3] Ebenda, S. 475



Hans-Günter Szalkiewicz

DORF DES WIDERSTANDS

Ginge es nach dem Willen der Vorstände der DKP-Bezirksorganisationen Saarland, Rheinland-Pfalz und speziell Südbayern, könnten die Besucher des UZ-Pressfestes Anfang Juli in Dortmund-Wischlingen eine Präsentation erleben, die mit „Dorf des Widerstands“ überschrieben ist. Eine sehr originelle

Sache, die es so noch nicht gegeben hat. In diesem als Dorf bezeichneten Zelt mit Bierpilz und Sitzmöglichkeiten – so wie das Pressefestbesucher von früher vom „Bayern-Zelt“ her kannten – werden nach dem Plan das Mitglied des Vorstands der *marxistischen linken*, Bettina Jürgensen, zur neuen Organisa-

tion und Problemen einer engeren Zusammenarbeit der politischen Linken referieren, wird ein Vertreter von *Syriza* zur Situation in Griechenland sprechen und der Vorsitzende des *isw* München, Conrad Schuler, die Frage abwägen, ob die EU zerschlagen oder reformiert werden sollte.

Ausgesprochen interessante Themen, die nur dadurch in ein „schiefes Licht“ kommen, dass der Parteivorstand der DKP auf seiner April-Tagung (Referat von H. P. Brenner) erklärte: „Einen Beitrag in einem *Dorf*, das sich dann auch ganz formal als Dorf der Opposition und des Widerstands gegen die DKP verstehen und dies auch nach außen dokumentieren würde, halten wir nicht vereinbar mit den Beschlüssen des Parteitags. (...) Das wäre eine verantwortungslose fraktionelle Handlung.“ [1]

Die Entrüstung ist groß. In einem gemeinsamen Brief der drei betroffenen Bezirksvorsitzenden heißt es u. a. dazu: „Es gibt keine Fraktion *Netzwerk kommunistischer Politik*, es wird keine angestrebt. (...) Die Genoss/innen arbeiten als Mitglieder der DKP in den Strukturen der Partei, vor Ort (...). Sie vertreten die DKP in Bündnissen. Sie nehmen allerdings das Recht nach dem Statut wahr, einzeln oder in Verbindung mit anderen Mitgliedern politische Positionen, Kritik und Vorschläge zu entwickeln, (...) alternative politische Positionen zu vertreten und dafür in unserer Partei um demokratische Mehrheiten zu werben.“ [2]

Politisch-Ideologische Differenzen

Jedes Mal, wenn das Statut in dieser Weise bemüht wird, sind ernsthafte politisch-ideologische Differenzen im Spiel. In einem Brief an die drei betreffenden Bezirke verweist der Parteivorstand auf einen entsprechenden Beschluss des 21. Parteitages, der zur *marxistischen linken* und dem *Netzwerk kommunistische Politik* feststellt: „Die Bildung von eigenen Strukturen innerhalb der Partei und die Nichteinhaltung von Beschlüssen stellt eine Gefahr für die Handlungsfähigkeit und den Bestand der Partei dar.“ [3]

Dagegen positioniert sich der Vorstand des Bezirkes Südbayern mit einem Beschluss vom Mai, in dem er die Feststellungen des Parteivorstandes als Unterstellungen, die das Klima in der Partei vergiften würden, qualifiziert. Ein Abschnitt dieses Beschlusses trägt die Überschrift: „Trotz alledem, die Planung geht weiter“ [4]. Das klingt wie eine Kampfansage. Sie entspräche der Erklärung Leo Mayers auf der Kreisdelegiertenkonferenz der DKP München vom Januar 2016: „Die

DKP, das ist *unsere* Partei!“ [5]. Die Zuspitzung von Gegensätzen in der Partei ist nicht neu. Gewissermaßen neu ist, dass dieser Kampf im Zusammenhang mit einer der großen politischen Aktionen der DKP, dem Pressefest der UZ, ausgetragen wird und so in das praktische Leben der Partei eingreift. Damit eilt die politische Praxis den Führungsentscheidungen voraus, denn nach dem durch den dritten Beratungstag des 21. Parteitags gefassten Beschluss soll der Parteivorstand jetzt erst eine Diskussion organisieren, „die eine Positionierung zu den inhaltlichen Differenzen ermöglichen (...)“. [6]

Hier ergibt sich die Frage, ob der 21. Parteitag mit seinen Beschlüssen der politischen Situation, zu der ja der Zustand der Partei gehört, gerecht geworden ist. Die Zuspitzung, die jetzt in den praktischen politischen Fragen eingetreten ist, hat es lange zuvor auf ideologischem Gebiet gegeben. Leo Mayer hat mit Tricks und Kniffen und einer großen Zielstrebigkeit seine politische Linie und ihre praktische Umsetzung verfolgt. Wie konsequent das geschehen ist, wurde mit dem 20. Parteitag von 2013 deutlich. Allein die Abwahl der alten Führungsriege und die Wahl von Patrik Köbele als Vorsitzenden hat zum offenen Ausbruch der grundlegenden politischen Differenzen mit allen politischen, ideologischen und organisatorischen Folgeerscheinungen in der Partei geführt. Wer jetzt über Möglichkeiten der Lösung der aufgehäuften Probleme nachdenkt, muss immer vor Augen haben, dass die ideologischen Differenzen in der Partei eine lange Tradition haben. Inkonsequenzen auf diesem Gebiet haben sich immer und überall zu Ungunsten der revolutionären (nicht linksradikalen!) Kräfte ausgewirkt.

Einheit der Partei

Zu dem, was die Differenzen und „linksradikal“ betrifft, schrieb wenige Tage vor dem 20. Parteitag Robert Steigerwald: „Zum 19. Parteitag gab es in der Partei zwei Strömungen und gar manche aber immer noch mehr oder weniger ordentlich geführte Debatte. (...) Jetzt, unter ihrer Führung (von B. Jürgensen; hgs), ist die Partei tiefer gespalten als vor und während des 19. Parteitags. (...) Es gab und gibt ja nicht nur eine linksradikale (die aber kommunistisch ist) und eine rechte,

die ich nicht ohne weiteres als kommunistisch qualifizieren möchte, sondern auch noch ein „Zentrum“, dem es um die Einheit der Partei auf der Grundlage des Parteiprogramms geht“ [7]. Ich halte hier *tiefer gespalten* und *Zentrum, dem es um die Einheit der Partei (...) geht* fest, denn auf die Benennung der Gruppierungen in der Partei kommt es nicht primär an, weil sie nur eine neue Frontlinie der ideologischen Auseinandersetzung eröffnen würde.

Es ist für die heutigen Auseinandersetzungen von Bedeutung zu registrieren, dass spätestens im Vorfeld des Programmparteitags von 2006 diese Spaltung erkennbar geworden und die Freude über den auf dem Parteitag erreichten Kompromiss als ein Sieg des *Zentrums* anzusehen ist. Er hat der DKP nicht geholfen, sich als einflussreiche politische Kraft zu profilieren. Jedoch nicht einmal dieser Kompromiss war für die Gruppierung um Mayer eine hinreichende Grundlage, um deren politische Ziele zu realisieren. Dazu produzierten sie ein neues programmatisches Dokument: „Wege aus der Krise (...)“ [8]. Es wurde im Januar 2010 veröffentlicht und benennt in mannigfachen Umschreibungen die zwei Kernprobleme der seit Jahren anhaltenden Diskussionen: Die Frage nach dem Charakter der bestehenden Gesellschaftsordnung verbunden mit einer „neuen“ Begrifflichkeit (globaler oder neoliberaler Kapitalismus) und die Frage nach dem Wesen und der Rolle des revolutionären Kampfes, verbunden mit einer scharfen Abgrenzung gegenüber der Geschichte der revolutionären deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Der von Mayer und anderen eingebrachte Entwurf *Politische Thesen des 19. Parteitages der DKP – Wege aus der Krise* sagt im Abschnitt: Die DKP in der heutigen Zeit (...), These 10: „Das Bild des Sozialismus wird geprägt von seinem Zusammenbruch, seinen Defiziten, Deformationen und von Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden. (...) Deshalb kann es für die DKP nur einen demokratischen Weg zum Sozialismus geben, auf dem dieser revolutionäre Prozess durch das aktive Handeln der Mehrheit vorangetrieben wird (...)“ [9]. Von dieser Position führt ein gerader Weg zur Erklärung von Mayer und weiteren vier Mitgliedern zum 21. Parteitag der DKP: „Der Begriff des ML steht leider für geschicht-



liche Etappen der kommunistischen Bewegung, die durch Unterdrückung, Massenverfolgung und Verbrechen im Namen der proletarischen Revolution gekennzeichnet waren“ [10]. Auch Heinz Stehr lehnt die Kennzeichnung der DKP als „marxistisch-leninistische Partei“ ab, unter anderem mit der Begründung: „Dieser Begriff ist im Urteil des Bundesgerichtshofes ein Grund zum widerrechtlichen Verbot der KPD.“ Und: „(...) weil dieser Begriff mit gravierenden Fehlern der Vergangenheit verbunden war (...)“ [11]

Der 21. Parteitag

Die ersten beiden Beratungstage des Parteitages haben mit dem von dort beschlossenen Leitantrag für diesen Wirbel gesorgt. Es ist aber nicht zu übersehen, dass die ideologische Auseinandersetzung mit der Spalterfraktion nicht im Mittelpunkt der Beratung und Entscheidungsfindung stand. An die Berliner Delegierten, die am dritten Beratungstag teilnahmen, habe ich deshalb geschrieben: „Wenn es gelingt, die Imperialismus-Deutungen von Mayer als das zu entlarven, was sie sind – Revision der marxistischen politischen Ökonomie – wird damit der Weg freigemacht für die Erkenntnis der antimarxistischen Substanz des gesellschaftlichen Gesamtkonzeptes von Mayer und seiner Anhängern. Deren Imperialismus-Deutung eröffnet die Möglichkeit, das sozialdemokratische Ideal vom parlamentarischen Weg zum Sozialismus zu propagieren. (...) Politisch ist die Konsequenz daraus die Klassenharmonie, die wir als *Seele* des Sozialdemokratismus kennen. (...) Wer diese *Harmonie* predigt, begibt sich in eine Todfeindschaft gegenüber politischen Kräften, die sich revolutionär verhalten. Revolution ist selten etwas Einfaches, Reibungsloses, parlamentarisch zu Bewältigendes, dafür möglicherweise etwas, was mit Blut und Dreck verbunden ist. (...) Dort setzen Mayer und sein Anhang an. Sie brauchen die Entstellung des revolutionären Kampfes (...) für ihr Konzept.“ [12]

Der 21. Parteitag stand mindestens vor zwei Bewährungsproben: Die ursprünglich gewählte Führung zu erhalten und möglichst zu konsolidieren und die heraufziehende Gefahr der Spaltung der Partei offensiv, auf ideologische Weise zu bewältigen. Die erste

der genannten Bewährungsproben hat der Parteitag mit Deutlichkeit gemeistert. Das „Bewältigen“ der Spaltungsgefahr ging zu traditionell vonstatten. Sehen wir ein wenig genauer hin:

Der einfache Satz im Leitantrag „Als marxistisch-leninistische Partei geht sie vom gesellschaftlichen Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital und von der Notwendigkeit der revolutionären Überwindung des Kapitalismus aus“ [13], hat eine scharfe, einen großen Teil der Diskussion einnehmende Auseinandersetzung ausgelöst. Ein wesentlicher Punkt des ideologischen Klärungsprozesses wurde so eher in Form der Beilegung einer Formulierungsstreitigkeit als in Form eines selbstständigen, klärenden Beschlusses bewältigt.

Mit dem Beschluss über die Beendigung des Beobachterstatus in der *European Left (EL)* hat der Parteitag einen länger als zehn Jahre andauernden ideologischen Kampf mit der Fraktion um Mayer entschieden. Er hat damit ein Zeichen für die ideologische und politische Eigenständigkeit der DKP gesetzt, in dem er sich deutlich von der Illusion der demokratischen und sozialen Reformierbarkeit der EU abgesetzt hat. Mit dem klaren Beschluss, zur Bundestagswahl 2017 anzutreten, findet die DKP zurück zu dem Anspruch, eine politische Partei Deutschlands zu werden, die eine revolutionäre Perspektive mit dem Ringen um Masseneinfluss in der Arbeiterklasse verbindet.

Nach dieser Niederlage auf dem 21. Parteitag wechselt die Gruppe um Mayer wiederum die Taktik: Der Ton im Vorfeld des Pressefests wird versöhnlicher und als Rettungsanker wird wieder das *Zentrum* ins Spiel gebracht. Im Internetorgan der *marxistischen linke*, *kommunisten.de*, vom 28. Mai äußert sich Georg Polikeit zu den Auseinandersetzungen in der DKP: „Auch mit einem gewissen zeitlichen Abstand lässt sich nur sachlich feststellen, dass der 21. Parteitag der DKP die in der Partei bestehenden Meinungsverschiedenheiten nicht beseitigt oder wenigstens verringert hat. (...) Es gibt zwei unterschiedliche Grundvorstellungen von der Rolle und den Aufgaben einer kommunistischen Partei (...). Nach wie vor wird die Auseinandersetzung vielfach nicht wirklich inhaltlich

und sachlich geführt. (...) Mit abnehmender Mitgliedschaft, dramatisch gewachsener Überalterung und immer mehr nachlassender Aktionsfähigkeit steckt die DKP in einer existenziellen Krise. (...) Allen Anschein nach hat sich in einem Teil der Partei die Ansicht festgesetzt, dass diese Krise ihre Ursache in erster Linie darin hat, dass sich die DKP in der Vergangenheit zu wenig von anderen linken Kräften und Strömungen abgrenzt, ihre Besonderheiten als klassenkampforientierte Partei mit dem richtigen theoretischen Durchblick zu wenig hervorgehoben hat.“ [14]

Leo Mayer und seine Mitstreiter von der *marxistischen linke* und vom *Netzwerk kommunistische Politik* werden vermutlich noch dieses oder jenes Widerstandsdorf bauen. Die DKP hat sich mit den Beschlüssen des 21. Parteitags mit großer Mehrheit eine Richtschnur für ihr politisches Handeln verschafft. Entlang dieser Linie hat sie die Chance, in den nächsten zwei Jahren offensiv in die politische Praxis zu gehen und gleichzeitig die Debatte beherzt und zielstrebig fortzusetzen, um weiter ideologische Klarheit zu gewinnen und die Organisation zu festigen.

Zwischenüberschriften durch die Redaktion.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Zitiert nach dem Internetorgan von marxistische linke, *kommunisten.de*, Newsletter vom 21.5.2016, S. 2
- [2] a.a.Ort, S. 1
- [3] DKP-Informationen Nr. 1/2016 – 29.2.2016, S. 13
- [4] *kommunisten.de*, vom 21.5.2016, S. 3
- [5] Anhang der „Anmerkungen des Betriebsaktivs München (...) vom 15.1.2016“: Kreisdelegiertenkonferenz der DKP München, 15.1.2016: Wie weiter nach dem 21. Parteitag?, S. 5
- [6] DKP-Informationen Nr. 1/2016, wie unter [3], S. 14
- [7] Alexander Sukov: Facebook-Eintrag vom 17.2.2013
- [8] Antrag des Parteivorstandes der DKP an den 19. Parteitag, Entwurf für die PV-Tagung am 23./24. Januar 2010: Der Weg aus der Krise: Der Mensch geht vor Profit – den Kapitalismus überwinden, Politische Thesen des 19. Parteitages der DKP
- [9] a.a.O., S. 21
- [10] Erklärung zum 21. Parteitag der DKP am 14./15. November 2015, in *kommunisten.de*, Newsletter vom 12.12.2015, S. 1

[11] Heinz Stehr: Ich lehne die Kennzeichnung der DKP als „marxistisch-leninistische Partei“ ab, in kommunisten.de, Newsletter vom 5.2.2016, S. 1. (Die fehlerhafte Zuordnung, das KPD-Verbot wäre vom Bundesgerichtshof erlassen worden, findet sich

bei Stehr. Richtig ist, dass es vom Bundesverfassungsgericht erlassen wurde)

[12] Schreiben liegt dem Verfasser vor.

[13] UZ-Beilage vom 11. Dezember 2015, Dokumente des 21. Parteitages der DKP, November 2015, S. 6

[14] Georg Polikeit: Zu den Differenzen in der DKP, kommunisten.de, Newsletter vom 28.5.2016



Klaus Mausner

WIE WIR DEN „ROTEN FADEN“ WIEDER AUFNEHMEN

EINIGE ERFAHRUNGEN AUS DER PARTEIENTWICKLUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Man mag mir nachsehen, dass ich die über fünfjährigen Erfahrungen, um die es hier geht, nur sehr verkürzt darlegen kann. Damit bleibt natürlich Vieles von den komplizierten Auseinandersetzungen, den Überzeugungsprozessen, aber auch scharfen Abgrenzungen im Allgemeinen. Ich hoffe dennoch, dass diese Darlegungen auch für Genossinnen und Genossen anderer Bezirke von Interesse sein können.

„Thesen“ als Ausgangslage

Zum Jahreswechsel 2009/10 wurden die *Thesen* des damaligen PV-Sekretariats bekannt. Sie sollten, vom Parteivorstand beschlossen, dem 19. Parteitag vorgelegt werden. Doch soweit kam es nicht. Nicht nur ich, sondern eine ganze Reihe „gestandener“ Genossinnen und Genossen waren wie elektrisiert: Ich traute meinen Augen kaum, als ich diese *Thesen* las. Sie waren ein perfektes Dokument des Reformismus! Sie sollten quasi unser weitgehend revolutionäres Parteiprogramm ersetzen durch ein raffiniertes Geschwalle von „demokratischem Hineinwachsen“ in den Sozialismus. Noch vor der entscheidenden PV-Sitzung brach ein Sturm der Entrüstung los, so dass das PV-Sekretariat die *Thesen* von der Beschlussfassung zurückzog. So war wichtige Zeit gewonnen, um im verbleibenden starken halben Jahr in der Partei Aufklärungsarbeit zu betreiben.

Die *Thesen* waren dabei nur der letzte Gipfelpunkt einer jahrelangen Abwärtsentwicklung unserer Partei zu einer Art linkem „Wurmfortsatz“

der Partei „Die Linke“, zu immer defensiveren Stimmungen, auch der Wahlenthaltung, unter maßgeblichem Einfluss von Leo Mayer (damals stellvertretener Parteivorsitzender) und des ISW München.

Kampf um ideologische Hegemonie

Vor dem 19. Parteitag wurde in meinem Umfeld zur Einschätzung der *Thesen* heftig gestritten und um Klarheit gerungen. Dabei war es für viele Genossinnen und Genossen garnicht so einfach ersichtlich, den wirklichen reformistischen Charakter zu erkennen, weil er in einer Fülle von raffinierten Oberflächenbeschreibungen neuer Phänomene verpackt war, mit vielfach durchaus interessanten Einschätzungen auf der Erscheinungsebene.

Wir organisierten deshalb eine Art ganztägige theoretische Konferenz mit Hans-Peter Brenner als Referenten und kollektiv vorbereiteten Fragestellungen, auf der wir geduldig, sachlich und detailliert den reformistischen Charakter der *Thesen* herausarbeiteten.

Diese Konferenz, von etwa 50 Genossinnen und Genossen besucht, war eine Art „Scheidelinie“ für die kommunistische Klärung in unserer Bezirksorganisation, auch für die Diskussion im Bezirksvorstand. Waren z. B. die Materialien des ISW zuvor für viele Genossinnen und Genossen für ihre betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit ein selbstverständliches Hilfsmittel, so wurden sie jetzt eher als linkssozialdemokratisch-linksbürgerliche Argumentationsmuster deutlich kriti-

scher eingeschätzt. Im Ergebnis unserer Diskussionen kam es zu mehreren Anträgen aus Baden-Württemberg an den 19. Parteitag, in denen die *Thesen* als „zumindest im Spannungsverhältnis zu unserem Parteiprogramm [...] und als Grundlage unserer Bildungsarbeit“ abgelehnt wurden. Dies wurde schließlich auf dem Parteitag auch so beschlossen.

In den Folgejahren kam es zu deutlichen Veränderungen im Bezirksvorstand und in seinem Sprecherkreis. Die sich im Prinzip als Leninisten verstehenden Genossinnen und Genossen konnten sich im Wesentlichen durchsetzen. Dies führte immerhin zu Neueintritten von jüngeren, aber leider auch zu einigen Austritten gestandener Genossinnen und Genossen.

In der entscheidenden Bezirksmitgliederversammlung vor dem 20. Parteitag – unter Anwesenheit und mit Gastreferat von Bettina Jürgensen (!) – stand als Kernfrage im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen, dass ungeachtet noch zu erarbeitender Detailklärungen vieler neuer Erscheinungen, unsere Partei ihren Charakter als revolutionäre Partei in „nicht-revolutionären Zeiten“ verteidigen und bewahren müsse, wenn sie nicht in entscheidenden Situationen versagen solle (wie die alte SPD 1914 und 1918/19!) sowie dass der Sozialismus nur durch den Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen zu erreichen ist. Ohne diesen Bruch – egal wie er unter jeweiligen historischen Voraussetzungen auch aussehen wird – landet man unweigerlich bei einer der Spiel-



arten der Sozialdemokratie. Unter diesem Vorzeichen wurden (mit Kampf abstimmungen) mehrheitlich unsere Delegierten und der neue Bezirksvorstand bzw. Sprecherkreis gewählt. So trugen wir aus Baden-Württemberg ebenfalls entscheidend zur Neuwahl der Parteiführung unter Patrik Köbele u. a. bei. Das „Wunder von Klein-Moskau“ (Mörfelden) war vollbracht.

Bildungsarbeit als entscheidende Weichenstellung

In der Auseinandersetzung mit den *Thesen* wurde schlagartig deutlich, wie „heruntergekommen“ der ideologische Zustand der Partei war. Hatte die DKP vor 1989 noch den Ruf einer gebildeten und ideologisch stabilen Partei, so wurde nach dem Schock der Konterrevolution die systematische Bildungsarbeit fast auf Null heruntergefahren. Hier musste als erstes korrigiert werden: Im Bezirksvorstand wurde eine „Bildungs-AG“ gegründet mit der Aufgabe, wieder ein Kernangebot für die Kreise und Gruppen zu erarbeiten. In den Anfangsjahren wurde – mangels zentraler Impulse vom Parteivorstand – vor allem auf „Zirkel“ zu Klassikertexten, wie z. B. dem „Manifest“, „Lohn, Preis und Profit“ oder die „Imperialismus“-Schrift von Lenin orientiert. Die Kreise wurden aufgefordert, wieder Bildungsverantwortliche zu benennen, und mit denen wurden Bildungsberatungen auf Bezirksebene veranstaltet, um wieder einen Stamm von theoretisch-ideologisch qualifizierten Genossinnen und Genossen herauszubilden.

Nach dem 20. Parteitag wurde das neue Angebot an systematischen Bildungsthemen dankbar aufgegriffen. Auch wenn das alles noch didaktisch und methodisch ausbaufähig ist und längst noch nicht flächendeckend unseren ganzen Bezirk erreicht hat, so wirkte sich das bisher schon spürbar auf eine wachsende ideologische Klarheit unserer Genossen und Genossinnen aus. Dieser Prozess der ideologischen Klärung ist bei weitem noch nicht abgeschlossen: Nicht nur für die junge Generation gilt, dass wir uns die Grundlagen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung immer wieder neu aneignen müssen. Auf aktuelle Fragen müssen wir gemeinsam mit den Methoden unserer Klassiker neue Antworten erarbeiten. So planen

wir z. B. für September ein zweitägiges Wochenendseminar zur Vertiefung unserer Krisentheorie, auch zu heutigen Erscheinungen.

Die Partei wieder in die Aktion führen!

Die langen Jahre der resignativen Rückwärtsentwicklung und die fast ausschließliche Orientierung nur noch auf Bündnisarbeit führten dazu, dass wir als Partei kaum mehr in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Das musste durchbrochen werden, indem wir bewiesen, dass wir bei entsprechendem qualifiziertem Auftreten mit unseren Klassenpositionen durchaus als interessant wahrgenommen werden. Auf Bezirksebene beschlossen wir, mindestens zwei Mal im Jahr einen Aktionstag anzusetzen, an dem zu einem gemeinsamen Thema (mit Bezirks-Material) möglichst alle Gruppen eine kleine Aktion, einen Infostand oder eine öffentliche Veranstaltung als Partei durchführen sollten. Auch zu einigen gewerkschaftlichen Tarifrunden bzw. gegen drohende Betriebsschließungen wurden Materialien erarbeitet. Das erbrachte zusammengenommen bisher schon – trotz aller Mängel – eine Zunahme des Selbstvertrauens vieler Genossinnen und Genossen und des Bekanntheitsgrads unserer Partei in der Öffentlichkeit.

Organisationspolitische Stärkung

Im Verlauf des Veränderungsprozesses unserer Bezirksorganisation wurde die vielfach mangelhafte Mobilisierungsfähigkeit und Organisationsstruktur zu einem immer spürbareren Hindernis. Unsere Kreis- und Gruppenstrukturen stammen noch aus Zeiten, wo die Partei deutlich stärker gewesen war. Und oftmals gibt es keine funktionsfähigen Vorstände mehr; viele Genossinnen und Genossen wohnen verstreut und isoliert in der Fläche. In einem organisationspolitischen Veränderungsprozess streben wir derzeit an, wieder alle Genossinnen und Genossen funktionsfähigen Grundorganisationen zuzuordnen, um ihnen ein lebendiges und möglichst attraktives Parteileben zu ermöglichen. Dieser Prozess ist de facto erst in Angriff genommen worden. Er muss in den nächsten Jahren hartnäckig und zäh weiterverfolgt werden. Dies ist in den Dimensionen eines Flächenlandes wie

Baden-Württemberg oftmals kompliziert. Vor allem aber hängt alles an der Frage des Kadern Mangels: Hier konnten wir bisher bestenfalls beginnen, neue jüngere Genossinnen und Genossen gezielt zu qualifizieren und zu entwickeln. Die neu aufgestellte Karl-Liebknecht-Schule mit ihren Wochenkursen und sonstigem Angebot kann uns dabei deutlich unterstützen.

Jugend, Jugend, Jugend!

Unsere Partei ist in den letzten Jahrzehnten nicht nur zahlenmäßig schwächer geworden, sondern eben auch ziemlich überaltert. Hier ist es oftmals, ausgehend von den vorhandenen Strukturen mit den alteingesessenen Mentalitäten usw., sehr schwierig an jüngere SympathisantInnen, an AntikapitalistInnen und AntifaschistInnen heranzukommen. Hier kann und muss daher für uns die SDAJ der entscheidende Türöffner werden: Wir hatten in Baden-Württemberg den Glücksfall einer sich fast spontan herausgebildeten SDAJ-Gruppe in Tübingen, mit dynamisch sich ausweitemdem Umfeld, was dann auch die Neubelebung einer Landesleitung der SDAJ ermöglichte. Unser Bezirksvorstand bzw. Sprecherkreis fasste sofort die Gelegenheit beim Schopfe, um mit der Ernennung einer Jugendverantwortlichen im Sprecherkreis den regelmäßigen und systematischen Erfahrungsaustausch sowie die Koordinierung der Arbeit vorzunehmen. Das führte zur Unterstützung des befreundeten Jugendverbands, z. B. bei Pfingstcamps oder in der Durchführung von Veranstaltungsreihen mit SDAJ-Referenten, z. B. zu Griechenland oder zu Antifa-Themen.

Auch hier hatten wir auf schnellere Erfolge in der Fläche gehofft, z. B. durch Gründung neuer SDAJ-Gruppen. Zum Teil konnten wir bisher neue junge Genossen und Genossinnen gewinnen, aber zum Teil haben wir leider einige auch wieder verloren, z. B. an aktionistische Antifa-Strukturen. Aber wir bleiben an der Jugendfrage dran, denn schon auf mittlere Sicht wird die DKP ohne deutliche Verjüngung keine Perspektive haben!

Als letztes: Verjüngung der Leitungsstrukturen

Mindestens auf Bezirksebene ist es uns bei der letzten Bezirksmitglied-

versammlung gelungen, die Leitungsverantwortung auf jüngere Köpfe und Schultern zu übertragen. Auch das war natürlich Ergebnis jahrelanger Vorarbeit: Dieser Prozess ist nicht unkompliziert, weil der Übertragungsschritt der Verantwortung fast über zwei Generationen hinweg erfolgen muss. Die Erfahrungen der „Alten“ müssen

möglichst lange beratend mit einfließen – ohne den Schwung der Jungen zu bremsen!

Alles in Allem haben wir uns mit diesem Vorgehen immerhin eine echte Chance erarbeitet, um uns in Perspektive wieder zu einer wirklich marxistisch-leninistischen Partei entwickeln

zu können – hoffentlich auch wieder mit Verankerung in den Großbetrieben der materiellen Produktion und in den Kommunen. Jedenfalls werden wir den „roten Faden“ nicht wieder reißen lassen und dran bleiben!



Kurt Baumann

„UNENTBEHRLICHES HILFSMITTEL“ DER LENINISMUS, DIE KP UND IHRE KRITIKER

„Geleugnet wurde die Möglichkeit, den Sozialismus wissenschaftlich zu begründen und vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung seine Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit zu beweisen; geleugnet wurde die zunehmende Verelendung, die Proletarisierung und die Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche, – der Begriff „Endziel“ selbst wurde für unhaltbar erklärt und die Idee der Diktatur des Proletariats völlig verworfen; geleugnet wurde der prinzipielle Gegensatz von Liberalismus und Sozialismus; geleugnet wurde die Theorie des Klassenkampfes, die auf eine streng demokratische, nach dem Willen der Mehrheit regierte Gesellschaft angeblich unanwendbar sei, usw.“ Lenin [1]

Lenins Kritik an Millerand und Bernstein von 1902 liest sich wie einiges, was wieder und wieder in den unterschiedlichsten Formen über die Kritiker der kommunistischen Partei und ihrer Weltanschauung, den Marxismus-Leninismus, gesagt werden könnte. Genau die hier hinterstehende These, nämlich dass sich die Auseinandersetzungen in der Geschichte des Revisionismus immer wieder darauf zurückführen lassen, dass die Grundlagen unserer Weltanschauung geleugnet werden, soll in diesem Aufsatz historisch begründet werden. Historisch die Dialektik einzufangen, wo das Neue richtig erkannt eine wesentliche Erkenntnis beinhaltet und wo die, die erklärten das Neue gefunden zu haben sich nur zwecks Anpassung in diese Schale warfen, ist eine wahn-sinnig schwierige Angelegenheit. Aktuell eine abstrakte Formel finden zu wollen, die erklärt, wann Reflexion

Revisionismus und wann Analyse ist, ist ein sektiererisches Zeichen von Schwäche. Selbst zu denken, nimmt den Kommunisten niemand ab. Unsere Weltanschauung soll als wissenschaftliche auf einer gemeinsamen, diskutierbaren Grundlage, die Welt erkennen, als parteiliche die Kriterien festlegen, nach denen wir suchen und analysieren und als revolutionäre uns helfen, diese Welt zu verändern. In diesem Sinne ist sie, wie Clara Zetkin die Thesen zur Bolschewisierung nannte, ein „unentbehrliches Hilfsmittel“ [2]. Unentbehrlich, weil, wer darauf verzichtet, geht fehl, aber Hilfsmittel zur Nutzung des eigenen Kopfes. Wer auf letzteren verzichtet, tut sich schwer mit der Anwendung.

Bolschewisierung

Die Bolschewisierung ab 1924/1925 wurde bisher durch die politische Grundlage der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung gefasst, als Durchsetzung des Leninismus [3]. Auf dieser Grundlage – vorgestellt 1963 durch das ZK der SED – wurde die achtbändige Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung erarbeitet, die ab 1966 im Dietz-Verlag Berlin erschien [4]. Vor kurzem warnte Herbert Münchow vor dieser Orientierung [5]. Man solle an dieser Stelle z. B. die Arbeiten Thalheimers weiterhin würdigen. Das werden wir versuchen an einigen Stellen einzuhalten, müssen aber darauf hinweisen, dass dieser Aufsatz eine politische Intervention ist, die historisches nicht als erschöpfende Behandlung, sondern als Begründung heranzieht. Thälmann musste die Bol-

schewisierung vor allem gegen den vorher gefahrenen ultralinken Kurs von Fischer/Maslow durchkämpfen. Bolschewisierung betraf also die Abkehr von Wohngebietsorganisationen, die sich zur sozialdemokratischen Wahl- aber nicht zur kämpfenden Arbeiterpartei eigneten. Es ging um den Aufbau von Betriebsgruppen. Es ging um Gewerkschaftsarbeit und die richtige Einschätzung der reformistischen Gewerkschaften und die Organisation des Aufbaus eines kommunistischen Auftretens als Revolutionäre Gewerkschafts-Opportunisten (die KPD-O kritisierte nicht diesen Schritt, sondern deren Umwandlung in eigenständige Gewerkschaften 1928, heute sehen wir diesen Gesamtkomplex vor dem Hintergrund der Arbeit *in* und *mit* der unter anderem von Kommunisten aufgebauten Einheitsgewerkschaft anders). Es ging aber auch darum, der Partei eine Weltanschauung an die Hand zu geben, die die Welt seit dem Eintritt in das imperialistische Zeitalter und besonders seit der Oktoberrevolution erklärte, orientierte und zu verändern half. Vor allem die Schriften Lenins wurden neu aufgelegt. Zetkins Äußerung steht hier auch für die Erkämpfung eines Selbstanspruches der Kommunisten. Die Spannweite von ihrer Äußerung zu Thälmanns taktischen Überlegungen in seinen „Lehren des Hamburger Aufstands“ [6] von 1925 zeigt die Reichweite dieser Veränderung. Gemeinsames Ziel beider Beiträge ist die Erkenntnis, dass die „Kampfzeit“ nun zu Ende sei, die Stabilisierung des Kapitalismus begonnen habe und die Aufgabe nun sei, sich so breit und fest es ginge in den Massen zu verankern.



Eurokommunisten und Antimonopolistische Strategie

Wir unternehmen einen Zeitsprung. Aus der Volksfront – von der KPD-O bewusst verfälscht, aufs schärfste abgelehnt und bekämpft – entwickelten die Kommunisten nach 1945 ein neues Bündiskonzept, dass die objektiv dem Monopolkapital entgegenstehenden Klassen und Schichten in den Kampf gegen diese führen sollte. Zurückgreifen konnten sie dabei übrigens auch auf Arbeiten aus der Zeit der Bolschewisierung. So stellt Clara Zetkin 1926 fest, dass (in der damaligen Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus) aus der geistigen Fäulnis des Imperialismus sich bereits Bündnispartner finden lassen, wenn die Kommunisten als Verteidiger der materiellen und ideologischen Interessen der Intelligenz werden [7]. Aus der Volksfront-Strategie entwickelten aber auch Eurokommunisten eine Sozialismuskonzeption, die politisch-pragmatisch ohne Anspruch auf Wissenschaftlichkeit angestrebt werden könne, ohne sich im Wesentlichen auf die Arbeiterklasse zu stützen, die ohne Klassenkampf entstehen könne und zu verteidigen wäre und die zusammen mit dem Kapital errichtet werden könne [8]. Aber auch linke Kritiker an unserer Strategie sammelten sich: Risse im Lager des Gegners dürften nicht ausgenutzt, der Staat nur als Gegner gesehen, die Arbeiterklasse allein in den Klassenkampf geführt werden. [9]

Wissenschaftliche Weltanschauung blieb der Leninismus, der das Monopolkapital als Gegner erkannte, der Strategie und Taktik betrieb, indem er die Hauptkraft und die Reserven der gegeneinander kämpfenden Klassen bestimmte und daraus eine Bündnispolitik ableitete, die Methoden der Sozialdemokratie überwand und eigene erarbeitete, das Ziel und bedeutende andere Auswirkungen des Grundwiderspruchs nicht vergaß (Bauernfrage, nationale Frage usw.). Das war der Leninismus, den Stalin definiert hatte [10]. Der konnte freilich taktisch sehr unterschiedlich propagiert werden: 1969 definierte Opitz die Bündnispolitik der (1968 neu konstituierten) Opposition in einem gemeinsam mit vielen anderen erarbeiteten Sammelband, der als Gründungsmanifest derer angesehen werden kann, die sich im schulisch-universitären Bereich um

die KP scharten. Hier werden Lenin und Stalin nicht erwähnt [11]. Ein Jahr später erschien – parteioffizieller im Verlag Marxistische Blätter – die Kampfschrift „Antileninismus in der BRD“ von Hans Adamo [12]. Hier ist Lenin das Feldzeichen, das Banner, unter dem gegen seine Verfälscher zu Felde gezogen wird.

Erneuerer und „Netzwerke“

Herbert Mies, bis 1989 Vorsitzender der DKP, erzählte im jW-Interview: „Am Anfang war die DKP nahezu vorbehaltlos in der Solidarität mit diesem neuen Kurs [der Sowjetunion, KB]. Aber bald stellten sich der Inhalt und das Wesen des Gorbatschow-Kurses als etwas anderes dar als die Absicht, die Attraktivität des Sozialismus zu erhöhen. Er verneinte das Primat der Arbeiterklasse in der Politik der Kommunisten. Er hat mit der Geschichte abgerechnet, aber nicht nur mit der stalinistischen Seite, sondern im Grunde genommen mit der Geschichte der Arbeiterbewegung. Und dann kam sein Bekenntnis dazu, er wollte schon immer ein guter Sozialdemokrat sein. Das war dann der Bruch“ [13]. Zu den weiteren Auseinandersetzungen um die Erneuerer brauche ich hier wohl nichts zu sagen.

Aktuell sei aber hervorgehoben, dass der Angriff auf die KP dieses Mal unter dem Banner der Beliebigkeit erfolgt, so in den theoretischen Bezugnahmen [14], der kommunistischen Identität und der Bewusstheit der eigenen Weltanschauung („Wir kämpfen auch für die freie Verbreitung des Islam“), und der Strategie und Taktik der kommunistischen Partei. Ob der revisionistische Angriff nun erfolgt, in dem der friedliche Übergang erneut für möglich erklärt wird, oder ob die eigene Strategie schlicht für nicht existent gehalten wird, macht dabei keinen Unterschied.

Auf die Frage, wie aktuell erkannt werden soll, welche Haltung Revisionismus ist und welche nicht, dafür hat Hans Heinz Holz in seinem Aufsatz „Richtungskämpfe müssen ausgefochten werden“ aus dem Jahr 2005 sehr gute Hinweise geliefert: „An der Ernsthaftigkeit, mit der der Marxismus-Leninismus zum Leitfaden und Inhalt des Handelns gemacht wird, erweist sich die Klarheit kommunistischer Politik. In voller Offenheit und mit aller Radi-

kalität ist sie die Voraussetzung, die verunsicherten und nach Orientierung suchenden Massen zu gewinnen; nicht durch Eingehen auf ihre Unsicherheit, sondern durch kämpferische Darstellung einer Alternative, die sich auf den Schauplätzen des Klassenkampfes bewährt. Das kann für eine Partei eine lange Durststrecke bedeuten, aber ohne Bereitschaft dazu wird sie das System nicht aufbrechen.“ Zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen heißt das: „An welchen konkreten Problemen sie sich auch entzünden mögen – Imperialismusfrage, Globalisierung, Sozialismuskonzeptionen, Parteiverständnis, Bündnisperspektiven – immer geht es letztlich darum, ob eine defensive und pragmatische oder eine offensive und prinzipienfeste Politik gemacht werden soll.“ [15]

Von hier ausgehend ist die Aufgabenstellung also die: Prinzipienfest die antimonopolistische Strategie ausbauen, ausarbeiten, verfeinern, genauer, definierter in der Aufgabenbestimmung werden und die Partei einen und aufbauen, indem Orientierungen, einmal beschlossen, auch überall umgesetzt werden. In Zeiten des Sofortprogramms heißt das eben auch, den Arsch hochzukriegen.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] W. I. Lenin: Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung. 1902 als Broschüre verbreitet. zit. nach ders. Werke Band 5, S. 362
- [2] Clara Zetkin: Über die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien. Aus einer Diskussionsrede auf dem V. Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 30. März 1925, zit. nach dies.: Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, Leipzig 1974, S. 199–202
- [3] Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (Ost), 1963
- [4] Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 8 Bände. Berlin (Ost), ab 1966
- [5] Herbert Münchow: Die Geschichte einer kämpfenden Bewegung. Überlegungen zur Geschichtsbetrachtung, UZ vom 1.4.2016
- [6] Ernst Thälmann: Die Lehren des Hamburger Aufstands, Rote Fahne vom 10.10.1925, zit. nach ders.: Ausgewählte Reden und Schriften, Frankfurt am Main 1976
- [7] Clara Zetkin: Die gestrige Krise der bürgerlichen Gesellschaft und der ideologische Kampf der kommunistischen Partei. Diskussionsrede auf dem VII. Erweiterten Ple-

num des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 26.11.1926, zit. nach ders.: Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, Leipzig 1974

[8] Gerhard Feldbauer: Nicht mehr kommunistisch sein. Vor 25 Jahren tagte die Italienische Kommunistische Partei ein letztes Mal. Die Revisionisten feierten das Ende als „Heimkehr zu Sozialdemokratie“, jW vom 30.1.2016

[9] Willi Gerns/Robert Steigerwald: Opportunismus heute, Frankfurt am Main 1973

[10] J. W. Stalin: Über die Grundlagen des Lenismus. Vorlesungen an der Swerdlow-Universität April–Mai 1924, in ders.: Werke Band 6

[11] Reinhard Opitz: Grundlagen oppositioneller Strategie und Taktik, in ders. Friedrich Hintzer (Hg.): Alternativen der Opposition, Köln 1969

[12] Hans Adamo: Antileninismus in der BRD. Inhalte, Methoden und Tendenzen der Lenin-Fälschung anlässlich des internationalen Lenin-Jahres, Frankfurt am Main 1970

[13] Herbert Mies im Interview mit Herbert Meurer: Zwischen Ost und West. Die DKP ist heute 40 Jahre alt geworden. jW vom 27.9.2008

[14] Den Nachweis dazu hat Hans Peter Brenner erbracht: Die Luxemburg-Legende und Der Gramsci-Mythos, jW vom 6./7.9. 2011

[15] HansHeinzHolz: Richtungskämpfemüssen ausgefochten werden. Zwei Linien in einer Partei? Über den programmatischen Streit in den europäischen kommunistischen Parteien, jW vom 8.1.2005



Richard Corell

„QUERFRONT“ – ROSSTÄUSCHER AM WERK

*„Unsere Parolen sind in Unordnung.
Ein Teil unserer Wörter
Hat der Feind verdreht
bis zur Unkenntlichkeit.“*
(B. Brecht, An die Schwankenden)

Seit dem „Friedenswinter“ 2014/2015 schlägt die Debatte um eine mögliche Unterwanderung von Volksbewegungen durch Rechte und Faschisten mal hohe mal noch höhere Wellen, wie mit dem Artikel „Formierte Gegenaufklärung“ [1]. An zentraler Stelle in den Auseinandersetzungen steht der Begriff „Querfront“.

„Der überholte Gegensatz von rechts und links ist Voraussetzung für eine Art Querfront-Strategie, die ich für aussichtsreich halte“, so ein gewisser Konrad Adam (Jg. 1942), seines Zeichens Mitbegründer der AfD, langjähriger Feuilletonredakteur der FAZ, danach bis 2007 Chefkorrespondent der „Welt“ in Berlin. Hier kann man schon ahnen, dass der Begriff „Querfront“ selbst zur Irreführung beiträgt und von den ideologischen Nebelwerfern der Bourgeoisie bewusst genutzt wird, um von den eigentlichen Absichten abzulenken.

Abgelenkt wird zunächst von einem anderen Konzept zur Festigung der bürgerlichen Herrschaft. Mit Anwachsen einer von Marx und Engels geprägten Arbeiterbewegung – klassenbewusst, internationalistisch und revolutionär – suchte die Bourgeoisie im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts

bereits nach Möglichkeiten, um dieser Gefahr Herr zu werden: Peitsche (Sozialistengesetz), Zuckerbrot (Sozialversicherung) und schließlich Bestechung einer Arbeiteraristokratie, um mit Opportunismus und Reformismus der Arbeiterklasse den revolutionären Zahn zu ziehen – von innen, aus den eigenen Reihen. Diese Variante zur Klassenversöhnung und damit zur Herrschaftssicherung der Ausbeuterklasse wird heute auch als „Sozialpartnerschaft“ bezeichnet; sie erkennt aber – im Unterschied zur „Volksgemeinschaft“ (siehe unten) – den Gegensatz von Arbeit und Kapital an.

Doch neben dieser Variante gab es auch schon im 19. Jahrhundert die Versuche von Teilen der Monopolbourgeoisie im Verbund mit den (adligen) Großgrundbesitzern, um mit reaktionären Teilen des Kleinbürgertums eine Massenbewegung zu formieren, die auch rückständige Teile der Arbeiterklasse mobilisiert für die imperialen Interessen der deutschen Finanzoligarchie – um die Arbeiterbewegung von außen zu infiltrieren und zu zerstören. Der „Alldeutsche Verband“ spielte dabei in Deutschland die Hauptrolle. Diese Art Kritik stützt sich anfangs auf reaktionäre protestantische und vor allem katholische Kapitalismuskritik (Stichwort „Goldenes Kalb“). Sie wird zunehmend durch sozialdarwinistische Rasselehren ergänzt und schließlich durch den „völkischen“ Wahn von der germanischen Herrenrasse verdrängt. Aus diesen Organi-

sationen gehen direkte Verbindungen zur 1919 gegründeten NSDAP. In deren Namen kommt die bewusste Täuschung durch soziale Demagogie programmatisch zum Vorschein: „Nationaler Sozialismus“. Der deutsche Arbeiter, der Deutsche an sich, steht über allen anderen, er hat sich nicht mit den Arbeitern in anderen Ländern zu verbrüdern, sondern sie zu beherrschen. Diese Drohung mündete 1933 in der Zerschlagung und Ausraubung der Arbeiterparteien KPD und – wohl gemerkt – SPD, der Gewerkschaften und der anderen zahlreichen Arbeitervereine. Die Drohung mit „nationalem Sozialismus“ wurde in der Deutschen Arbeitsfront eingelöst: „Betriebsführer“ und „Gefolgschaft“ Hand in Hand vor der Gulaschkanone; beim anschließenden Champagner mit Kaviar blieben die Herrschaften allerdings lieber unter sich. „Volksgemeinschaft“ nannten sie es im faschistischen Deutschland. Der sozialistisch verbrämte deutsche Herr und der nationalistisch uniformierte Knecht endlich inniglich unter dem Hakenkreuz verbunden und bereit, auf andere Völker und die „Volksschädlinge“ im eigenen Land loszugehen.

„Querfront“ bezeichnet die Strategie des deutschen Faschismus, um mit der Fiktion einer „Volksgemeinschaft“ den unversöhnlichen Gegensatz von Oben und Unten, von Ausbeutern und Ausgebeuteten, Kapitalisten und Lohnarbeitern wegzudefinieren und im Nebel von Nation und Rasse aufgehen zu



lassen. „Querfront“ definiert dabei, wer in die künftige „Volksgemeinschaft“ einbezogen werden soll, wer nach ihren völkischen Kriterien Deutscher ist. Und kenntlich gemacht und gebrandmarkt werden die „Störenfriede“ der Eintracht von Wolf und Schaf: die Kommunisten, die Juden, die Ausländer (...). Der Begriff selbst stammt aus dem Arsenal der sozialen und nationalen Demagogie der deutschen Faschisten. Er dient dazu die Klasseninteressen zu verschleiern, weil sonst zu leicht erkennbar wäre, welches kleine Häuflein deutscher Finanzoligarchen Land und Leute gegen die Wand fahren – regelmäßig und mit Wucht.

Gegenüber der sozialen und nationalen Demagogie der Nazis und ihrer Geldgeber hatte die KPD bereits festgestellt: „Um das deutsche Volk zu befreien, genügt es nicht, die Macht des Auslandskapitals zu brechen, sondern die Herrschaft der eigenen Bourgeoisie im eigenen Lande muss gleichzeitig gestürzt werden“ [2]. Dies ist in der derzeitigen Debatte beachtenswert: Das Zerschlagen der „Macht des Auslandskapitals“ und der Macht der Bourgeoisie im eigenen Land wird als Voraussetzung für die Befreiung des deutschen Volks erkannt! Das ist auch heute die Scheidelinie zur sozialen Demagogie der Faschisten, hinter denen die aggressivsten Teile des deutschen Finanzkapitals stehen.

Zwischen Faschisten und „Antideutschen“

Wenn zum Thema Krieg, Kriegstreiber und -brandstifter nur die USA – „der Westen“ – angegriffen wird, ohne den deutschen Imperialismus zu nennen, kann auch der Faschist noch mitgehen. Denn die verbreiten ja, dass Deutschland sich „national befreien“ müsse von der Vormacht der USA, sich mehr Souveränität erkämpfen müsse usw. Halten wir fest: Deutschland ist als Nation so frei, wie es Nationen unter der Herrschaft der Bourgeoisie nur sein können, und das heißt eben: Nach oben ducken und mauern, nach unten treten und foulern. Seit der Einigung von preußisch-oben 1871 hat sich daraus der aggressive deutsche Imperialismus entwickelt, der nach ganz oben will, um bei der Neuaufteilung der Welt entscheidend eingreifen zu können. Vor Deutschland steht nicht die Aufgabe einer nationalen Befreiung, son-

dern die Aufgabe, das eigene Volk und die anderen Völker der Welt vor einem dritten Anlauf des deutschen Imperialismus zur Weltmacht zu schützen. Damit doch einmal Verhältnisse hergestellt werden, wo Deutschland „nicht über und nicht unter anderen Völkern“ sein wird. Dazu muss die Arbeiterklasse die Macht in Deutschland erringen, damit sie der deutschen Bourgeoisie das Handwerk legt.

Wenn der USA-Imperialismus und die NATO in Fragen von Krieg und Frieden garnicht mehr genannt werden, kann man vermuten, dass die „Antideutschen“ nicht weit sind. So werden Kräfte bezeichnet, die sich aus der nach 1990 aufkommenden Bewegung „Nie wieder Deutschland!“ entwickelt haben. Aus „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ machen sie „Der Hauptfeind ist das eigene Land.“ Eine Unterscheidung von deutschem Imperialismus und deutschem Volk treffen sie nicht. Die deutsche Arbeiterklasse scheidet als emanzipatorische antifaschistische Kraft und Hoffnung aus. Deutschland kann nur von den anderen imperialistischen Mächten, bevorzugt den USA, in Schach gehalten werden. Sie sind auch Sprachrohr der „transatlantischen“ Fraktion im deutschen Finanzkapital, die die Neuaufteilung der Welt an der Seite der USA vorantreiben möchte [3]. Sie kommen mit der Argumentations-(Schlagetot)-kette: USA schützt Israel, wer die USA angreift, greift Israel an, wer Israel angreift ist Antisemit und damit Faschist bzw. ist auf die Querfrontstrategie der Faschisten hereingefallen.

Folgt die Linke dieser „Logik“ macht sie sich selbst unglaubwürdig, weil sie die Augen vor dem überlebten, rückwärtsgewandten, räuberischen, verheerenden und verbrecherischen System des Imperialismus als Ganzes verschließt, in dem Israel die Rolle des Vorpostens gegen die arabischen Völker zugeordnet ist. Und nicht zuletzt kann der Kampf gegen den deutschen Imperialismus nicht gewonnen werden, wenn er nicht gegen den Imperialismus als Ganzes mit seiner derzeitigen Führungsmacht USA geführt wird. Sie hat schließlich nach dem 2. Weltkrieg den deutschen Imperialismus wieder großgezogen und ihn umfassend als Bollwerk gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien gestützt. Der US-Imperialis-

mus rivalisiert zwar heute, aber er kollaboriert auch mit dem deutschen Imperialismus als „Ordnungsmacht“ im Osten gegen Russland und die Volksrepublik China – ganz abgesehen von den sonstigen engen ökonomischen, politischen und militärischen Verbindungen mit Deutschland.

Für oder gegen Russland?

Da sind wir beim nächsten Verbot, das uns die Antideutschen unter Hinweis auf die „Querfront“ auferlegen möchten. Es gibt deutsche und europäische Ultrarechte und Faschisten, die sich an Russland „anwanzen“. In der Tat werden Leute wie Marine Le Pen von regierungsnahen Kreisen in Russland als Kräfte hofiert, die gegenwärtig den russischen Interessen dienen können. Der hieraus abgeleitete Vorwurf lautet: Wer Solidarität mit Russland übt, verbündet sich mit Faschisten. Wer sich mit Faschisten verbündet ist selbst Faschist. Dass Russland sich nicht mit linken Kräften in Deutschland verbünden kann, liegt allerdings an den Linken selbst, an ihrer ideologischen Zerfahrenheit und Schwäche, die in Teilen so weit geht, dass sie die verheerende Russophobie in Deutschland bedient, die stets von den reaktionärsten Teilen des Finanzkapitals und von einem anderen Teil der Faschisten geschürt wurde und wird [4]. Die offenbare aggressive Expansion von NATO und deutsch-geführter EU gegen Russland, die Konterrevolutionen von der DDR bis Ukraine werden verharmlost und gerechtfertigt in Verbindung mit Anklagen gegen den derzeitigen russischen Präsidenten Putin. Wie man weiß, konnte sich auch die Sowjetunion ihre zeitweiligen Verbündeten trotz prinzipieller Gegnerschaft und tiefgreifender Differenzen nicht aussuchen (nicht 1939 und auch nicht 1941). Wie sollte das nun heute eine viel weniger zielklare und entschlossene Führung des nicht mehr sozialistischen und noch nicht richtig kapitalistischen Russlands tun? Es sollte eher uns zu denken geben, dass wir – die deutschen Linken – Russland ein ums andere Mal im Stich gelassen haben gegen den neuerlichen deutschen Ostlandtritt; dass wir uns mehr darum kümmern, wie die Führung eines anderen Landes in unser Weltbild passt, als der Führung unseres Landes auf die Pfoten zu geben bei der Schaffung von Feindbildern als Vorwand für

die eigene Aggressivität. Latent wird dabei unterstellt, dass das heutige Deutschland eine fortschrittliche Rolle in der Welt spielen könne, dass es bei der Ablösung eines Despoten mit Hilfe Deutschlands zu einer Verbesserung der Lage für das Volk des betreffenden Landes kommen könne etc.

Fazit

Der Querfrontbegriff wird heute von der antideutschen Seite zur Stigmatisierung von Teilen der Linken verwendet. Weil auch Nazis und mit ihnen ein Teil der Monopolbourgeoisie (Alldeutsche heute „Europäer“) auf Anti-USA-Kurs sind, soll die Linke nicht mehr gegen den US-Imperialismus sein, weil Nazis Antisemiten sind, soll die Linke die Besetzung von Palästina

für gerechtfertigt erklären, weil Nazis gegen das Eingreifen der NATO in verschiedenen Ländern sind, soll die Linke nicht mehr gegen das imperialistische Kriegsbündnis NATO und seine ungerechten Kriege sein. „Querfront“ ist ein Begriff, der die Klassen und ihre Interessen verschwinden lässt, mehr zu- als aufdeckt. Mit dem Querfrontgeheule in der Linken wird zudem verdeckt, dass dies nur eine Variante von Desorientierungsversuchen der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie, die Variante der sozialen Demagogie der Nazis und solcher politischer Geisterfahrer wie Elsässer und Co ist. Die andere Variante von rechten als „links“ getarnten Kräften gerät dabei völlig aus dem Blickfeld: die Reformisten aus dem Schoß der Arbeiteraristokratie, rechte Gewerkschaftsführer, die der-

zeitige SPD-Führung und die Kräfte aus der Linken, die vom „rot-rot“-grünen „Transform“-Projekt träumen und, um salonfähig zu werden, auf den Kurs orientieren: für NATO, Bundeswehr und EU, gegen DDR und Sozialismus.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] junge Welt, 21./22.3.2015
- [2] Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, Proklamation des ZK der KPD, 24. August 1930
- [3] Ausführlich hierzu KAZ Nr. 317
- [4] Siehe hierzu auch: „Äquidistanz zu Russland heißt Unterstützung des eigenen Imperialismus“, KAZ 349



Stephan Müller

„DIGITALISIERUNG“

ZUR ENTWICKLUNG DER PRODUKTIVKRAFT IM GEGENWÄRTIGEN STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS

Olaf Harms zählt zu Recht den Komplex „Digitalisierung der Arbeit“ zu den Themen, die die Arbeiterbewegung für eine längere Zeit vor Herausforderungen stellen wird und fordert auf, Grundpositionen dazu zu bestimmen [1]. Die folgenden Überlegungen sollen dazu beitragen, entsprechende Fragestellungen zu entwickeln – im Anschluss an die Diskussion gegen die Thesen vom Zusammenbruch des Kapitalismus, „dem die Arbeit ausgeht“ (zuletzt in T&P 38) und die folgende Diskussion im April zur „Allgemeinen Krise“ im Rahmen der Marx-Engels-Stiftung (im MEZ, Berlin). Einigkeit besteht, dass mit der Digitalisierung ein Entwicklungsschub der Produktivkraft der Arbeit unterwegs ist, der umfassende Veränderungen für den Klassenkampf zur Folge hat. Die Frage ist, wie diese Produktivkraftentwicklung in den Gesamtzusammenhang einzuordnen ist. Dass die Fragestellung weit über das Regierungsprojekt „Industrie 4.0“ hinausgeht, hat das weite Spektrum der Beiträge der Marxistischen Blätter 3/ 2016 unter dem Titel „Arbeit 4.0“ gezeigt.

Charakter, Umfang und Geschwindigkeit der Digitalisierung

Arbeit, nach Marx „ein Prozess, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigene Tat vermittelt regelt und kontrolliert“ [2], wird neu bestimmt. Die Linie geht von der Produktivkraftsteigerung durch Zerlegung von Arbeitsschritten in der Manufaktur, über die Maschine und die „große Industrie“ [3], die Taktstraße sowie der elektronischen Maschinensteuerung, bis hin zur digitalen Steuerung des gesamten Produktions- und Verteilungsablaufs von der Rohstoffgewinnung bis zum Konsumenten. Die Trennung von Hand- und Kopfarbeit wird auf eine neue Stufe gehoben durch die Zerlegung bisheriger Betriebsleitungs- und technischer Entwicklungsschritte, die dadurch zunehmend automatisier- und industrialisierbar werden. Während die Maschine zunächst das „Detailgeschick“ des Handwerkers überflüssig machte [4], geht die Entwicklung nun dahin, das „Detailgeschick“ des Kopfarbeiters immer mehr durch die Maschine zu ersetzen.

Die elektronische Datenverarbeitung, in den 1940er Jahren entwickelt, durchdringt das gesamte Wirtschaftsleben und alle Bereiche der Reproduktion. Sie bestimmt auch die Entwicklung anderer Produktivkräfte, z. B. in der Chemie. Insofern ist die Bezeichnung einer neuen industriellen Revolution naheliegend, jedenfalls geht es um eine neue Phase des Maschinenzeitalters [5]. Wie schnell wird der nächste Schritt kommen: die unmittelbare Steuerung von physischen Systemen untereinander, d. h. Maschinen, Verkehrsmitteln oder Konsumgütern? Dazu hat der Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft im März darauf hingewiesen, dass die Infrastruktur für den industriellen Datenraum noch nicht besteht [6]. Beispiele: Es gibt keine verbindlichen Standards für Datennetze. Der Streit um Staats- und dadurch Konkurrenzzugriffe auf Daten ist im Zusammenhang mit den NSA-Skandalen offen geworden. Die Geschwindigkeit zuverlässiger Datenübertragung, z. B. von Brasilien nach Deutschland, liegt noch bei über 80 Millisekunden. Nötig wäre max. 1-ms-Lösungen zu diesen



Problembereichen (Standardisierung und Zuverlässigkeit, Vorbedingungen von Industrialisierungsschritten) gibt es noch nicht. Um in der Infrastruktur einen Vorsprung vor dem US-geführten Projekt IIC (International Internet Consortium) zu bekommen, haben Siemens, Bosch, Telekom und SAP sich mit der Fraunhofer-Gesellschaft zur Entwicklung des RAMI (Rahmenarchitekturmodell-Industriestandard) zusammengeschlossen. Ergebnisse sind eher in einem Zehn- als in einem Zwei-Jahreszeitraum zu erwarten.

Entwicklung der kapitalistischen Konkurrenz und Rolle der Banken

Die Entwicklung wird angetrieben von der Konkurrenz der staatsmonopolistisch herrschenden Finanzoligarchen. Wer zu spät und zu wenig investiert, wird vom Markt verschwinden. Die Digitalökonomie verlangt – wie jede neue Stufenleiter der Industrialisierung – Kapitale neuer Größenordnung. Apple oder Google haben etwa den zehnfachen Börsenwert von deutschen Monopolen wie Siemens oder Daimler. Die Digitalisierung schafft auch neue Abhängigkeiten. Beispiel: Apple produziert selbst nicht, sondern hat dazu die Taiwan-Gesellschaft Foxconn hochgezogen, die in der VR China Betriebe mit ca. einer Million Arbeitern hat. Der Sprecher der Leitkonzerne der Digitalisierung in Deutschland, Henning Kagermann (bis 2009 Chef von SAP), sprach auf der Hannover Messe 2016 unverblümt aus, dass es bei „Industrie 4.0“ auch um die Unterordnung der „mittelständischen“, d. h. nicht-monopolistischen Industrie, unter die Leitkonzerne geht. Die Frage, wer die Datenhoheit z. B. über die von einem mit Sensoren bestückten Auto hat, sei eine Machtfrage.

Der hohe Kapitalbedarf der Digitalökonomie hat zu tun mit den dort starken Skalenerträgen, d. h. hohe Fixkosten für Softwareentwicklung und stark mit der Größe sinkende Stückkosten. So entscheidet sich die Profitabilität einer Gründung erst, wenn sie zumindest zeitweise eine Monopolstellung erringt. Bis dahin muss ohne Profit investiert werden. Bei Erfolg gibt es hohe Extraprofite. So genannte Start-ups werden deshalb im Dutzend finanziert, um mit dem Erfolg eines Überlebenden den Verlust von zehn Flops auszugleichen. Durch diese verstärkt

ungleiche Entwicklung ändern sich die Struktur der Großbankwirtschaft und ihre Verbindung zur Industrie, damit also die Struktur der Finanzoligarchie. So ziehen z. B. Bosch und Siemens eigene Start-ups hoch und übernehmen damit Bankfunktionen.

Entwicklung der Arbeiterklasse und der Zwischenschichten

Mit der Technologie verändern sich die Arbeitsbeziehungen. Die Arbeitsorganisation folgt dem digitalen Prozess. Das Zusammenwirken der Beschäftigten eines Kapitalisten bzw. einer monopolistischen Abhängigkeitsstruktur wird durch die neue Art der Arbeitsteilung bestimmt, die auf der logischen Zerlegung (Digitalisierung) von bisher der Steuerungs-, Entwicklungs- und Leitungsarbeit vorbehaltenen Arbeiten beruht – bis hin zu Crowdsourcing und Cloudworking. Zu untersuchen ist, welche Arbeitsplätze im laufenden Prozess der Digitalisierung wegfallen und wo welche neu entstehen, aber auch, dass die Zusammenarbeit für die kleinteilig zerlegten „Tasks“ örtlich, zeitlich und inhaltlich nicht zusammenhängen muss [7]. Es ist aber weiter das Kapital, welches das Proletariat „an sich“ organisiert, schult und diszipliniert [8], am Bildschirm wie in der Fabrikhalle.

Die ideologische und organisatorische Stärke der gewerkschaftlichen Organisation wird entscheiden, inwieweit die Lasten der kommenden „Rationalisierungswelle“ auf die Arbeiterklasse abgeladen werden können. Diese Stärke wird wie bisher abhängen vom Kräfteverhältnis der klassenbewussten gegen die Klassenversöhnungskräfte, die in Deutschland durch die Verbindung der SPD-Führung mit Betriebsräten der Großindustrie noch stark sind. Der entsprechende Einfluss der Finanzoligarchie hat mit der Agendapolitik, die ebenfalls im Zusammenhang der Produktivkraftentwicklung zu sehen ist, die hegemoniale Einbindungskraft der SPD überspannt und zur Entstehung der Partei „Die Linke“ geführt. Das Kräfteverhältnis wird sich im Prozess der schrittweisen Neuformierung der Arbeiterklasse durch die Digitalisierung bilden. Die kommunistische Partei kann in der Arbeitereinheit hegemonial werden, wenn es ihr gelingt, deutlich zu machen, dass die kapitalistische Vergesellschaftung der

Produktivkräfte alle Voraussetzungen für den Übergang zu einer „rationellen Regelung des Stoffwechsels mit der Natur“ [9], d. h. zum Sozialismus geschaffen hat.

Die alten Zwischenschichten Händler, Handwerker und selbstständige Akademiker werden weiter reduziert, verschwinden oder werden – als „Freelancer“ – Teil einer monopolistischen Abhängigkeitskette. Die neueren Zwischenschichten des 20. Jahrhunderts, die aus der Trennung von Eigentum und Betriebsleitung im Imperialismus entstanden sind – Ingenieure und Manager – werden durch die Digitalisierung zunehmend dequalifiziert. Mit der neuen Betriebsweise entstehen aber auch neue Entwicklungs- und Leitungsfunktionen und damit auch neue privilegierte Schichten.

Rolle von Recht, Kultur und Politik – Rolle des Staates

Die Entwicklung von Recht, Kultur und Politik wird im Imperialismus stark vom Ringen der Hauptklassen um Einfluss auf die Zwischenschichten und darüber hinaus auf die Ränder der Gegenklassen bestimmt. Zu sehen ist bereits, dass die erwähnten neu entstehenden „Digitalzwischenschichten“ hochqualifizierter Entwickler und Manager von der sozial- und demokratiefeindlichen Ideologie der Digitalmonopole wie Google, Facebook oder Amazon beeinflusst werden [10].

Die weitere Entwicklung staatsmonopolistischer Elemente wird in Deutschland sichtbar durch das Projekt „Industrie 4.0“. Der Staat soll in der Konkurrenz der führenden Monopole die Digitalentwicklung absichern durch:

1. Zunehmend direkten Einbezug von Wissenschaft und Ausbildung in den laufenden Prozess der Digitalisierung der bestehenden Wirtschaft.
2. Finanzierung von Entwicklung und Infrastruktur: Hier besteht die Konkurrenz der Monopole z. B. in der Frage der Subventionierung von E-Autos.
3. Regulierung der angesprochenen Widersprüche im Inneren, zwischen den Monopolen, zwischen Monopolen und nichtmonopolistischen Kapitalisten, Zwischenschichten und Arbeiterklasse.

4. Aufstellung in der internationalen Konkurrenz: Digitalisierte Produktion und Verteilung schafft neue Abhängigkeiten zwischen Ländern, zwischen den Großmächten ebenso wie gegenüber abhängigen Ländern. In Deutschland gibt es dazu auch nach 1990 und der Auflösung der Nachkriegsordnung weiter zwei strategische Haupttendenzen, die sich in der Tagespolitik oft taktisch überschneiden, wie in der Russland/Ukraine-Frage. Strategisch orientieren die „Transatlantiker“ auf eine Juni-orposition hinter den USA, die in der Entwicklung der Digitalökonomie führend sind, seit sie nach 1945 die Entwicklung der IT dominiert und kontrolliert haben, während die „Europäer“ durch Unterordnung der EU eine von den USA unabhängige digitale Infrastruktur entwickeln wollen. Die Entscheidung von VW, Daimler und BMW, die essenzielle Software für das fahrerlose Fahren, das Landkartensystem, nicht von Google zu übernehmen, sondern gemeinsam einen Kartendienst zu kaufen, zeigt an, dass die Richtung letztlich durch die Strategie der Einzelkonzerne angegeben wird; ebenso, dass Daimler und BMW die Verhandlungen mit Apple über eine Kooperation abgebrochen haben, nachdem Apple auf die Datenhoheit nicht verzichten wollte. Das Regierungsprojekt „Industrie 4.0.“ ist ausdrücklich dazu da, zu verhindern, dass die in Produktionstechnik führende deutsche Industrie zur Werkbank, zum „Foxconn“ der US-Industrie wird. Der Vorsprung in der Technologie der elektronischen Maschinensteuerung soll gehalten und ausgebaut werden.

Der deutsche EU-Digitalkommissar Oettinger setzt die „Digitalunion“ auf die Tagesordnung.

5. Rüstung: Datenhoheit ist eine Machtfrage, Machtfragen sind Fragen letztlich der militärischen Stärke, zunächst des militärischen Potenzials. Die NSA-Diskussion hat gezeigt, dass hierbei die Digitalisierung eine wesentliche Rolle spielt. Nach der Trennung der Cybersparte von Airbus wird in Deutschland an einem neuen cyber-militärisch-industriellen Komplex gebaut, im Zusammenhang mit der Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen den Großmächten (NATO/EU-Armee). Dabei ist die zum dritten Mal entwickelte, diesmal besser verdeckte Aggressivität des deutschen Imperialismus und seine hohe Organisation in Verbänden und anderen Machtzirkeln zu berücksichtigen.

Durch Produktivkraftentwicklung aus der Krise?

Der deutsche Imperialismus steckt, wie seine Konkurrenten, in der Krise. Die etwa zehnjährigen zyklischen Krisen seit 1958 wurden von Mal zu Mal tiefer. Seit 2007 folgt auf die Krise nur noch eine Belebung, ohne echten Aufschwung. Riesengewinne werden nicht in Produktionserweiterung investiert. Das Marktproblem des deutschen Imperialismus, der Mangel an kaufkräftiger Nachfrage, war eine Zeitlang vom starken Wachstum in China übertüncht worden. Relativ zur Ausweitung der Märkte ist zu viel Kapital akkumuliert worden. Die massenhafte Erneuerung des fixen Kapitals (Maschinen und Anlagen), Voraussetzung für einen zyklischen Aufschwung, bleibt aus.

Wenn nun durch Staatseingriffe massiv in digitale Infrastruktur investiert wird, um die Nachfrageschwäche auszugleichen, wird die oben angesprochene Rationalisierungswelle beschleunigt. Das Ergebnis wäre, wie nach der Rationalisierungswelle der 1920er Jahre, eine höhere Produktionskapazität mit weniger Nachfrage nach Arbeitskraft, weniger Lohnsumme, an der die Nachfrage nach Konsumgütern hängt – alles in allem also eine Verschärfung der derzeitigen Krisensituation, auf die wir uns einstellen müssen.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] O. Harms (2016): Herausforderungen für die Arbeiterbewegung. DKP-Informationen 3/2016, S. 9
- [2] MEW 23, S. 192
- [3] Ebd., S. 331 ff
- [4] Ebd., S. 442, 446
- [5] Zur Diskussion um den Charakter der gegenwärtigen Entwicklung der Produktivkräfte kann auf die Arbeiten der DDR-Wissenschaft, besonders aus der Schule von Jürgen Kuczynski am Institut für Wirtschaftsgeschichte (vgl. jW vom 19.5. 2016, S. 10) und am IPW zurückgegriffen werden, die z. T. von der BRD-Wissenschaft plagiiert wurden (s. Wikipedia-Eintrag „Wolfgang Jonas“).
- [6] Interview mit Raimund Neugebauer, Handelsblatt, 14.3.2016, S. 16
- [7] A. Boes et al. (2016): „Digitalisierung und Wissensarbeit“, Aus Politik und Zeitgeschichte, 18–19/2016
- [8] MEW 23, S. 790–791
- [9] MEW 25, S. 828
- [10] Interessant dazu z. B. Th. Wagner (2015): Robotokratie. Google, das Silicon Valley und der Mensch als Auslaufmodell, Köln



*Thanasis Spanidis**

DIE DISKUSSION UM DEN KLASSENCHARAKTER DER VR CHINA: AUSDRUCK DER WELTANSCHAULICHEN KRISE DER KOMMUNISTISCHEN WELTBEWEGUNG

In der aktuellen innerkommunistischen Debatte scheint die mehrheitlich geteilte Position bezüglich des Charakters der VR China diejenige, dass das be-

völkerungsreichste Land der Welt nach wie vor auf sozialistischen Produktionsverhältnissen beruhe oder sich zumindest auf dem Weg dahin befinde.

Dafür wird eine Reihe von Argumenten vorgebracht, die ich im Folgenden anhand von vier ausgewählten Beispielen kritisch diskutieren möchte.



Als Ausgangspunkt eignet sich die grundsätzliche Frage, ob es überhaupt eine mögliche Strategie sein kann, den „kapitalistischen Tiger (zu) reiten“ [1], also kapitalistische Produktionsverhältnisse gezielt einzusetzen, um sich sozialistischen Zielen zu nähern.

Die Vorstellung vom Kapitalismus als kontrollierter Zwischenphase zum Sozialismus neigt in jedem Fall dazu, gesellschaftliche Verhältnisse und historische Gesetzmäßigkeiten in der Betrachtung instrumentalistisch zu verkürzen: Markt und Plan gelten demnach als zwei prinzipiell neutrale oder zumindest für unterschiedliche gesellschaftspolitische Ziele einsetzbare Verteilungsmechanismen, die je nach Situation im Sinne maximaler Effizienz kombiniert werden können. Eine politische Führung, die dem sozialistischen Wirtschaftssektor einen kapitalistischen beigesellt, produziert damit auch sämtliche Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise; sie muss Arbeitsrechte, soziale und ökologische Gesichtspunkte der Entwicklung des Kapitals opfern und hart erkämpfte Errungenschaften aufgeben; sie schafft eine neue Klasse, die zum sozialen Träger der Konterrevolution wird, sie fördert bürgerliche Bewusstseinsformen und setzt die sozialistische Produktion mindestens indirekt der kapitalistischen Konkurrenz aus, womit politischer Druck auf „Reformierung“ der sozialistischen Unternehmen nach Gesichtspunkten kapitalistisch-betriebswirtschaftlicher Rationalität entsteht.

Es ist offensichtlich, dass es sich hierbei um grundsätzliche Fragen kommunistischer Strategie handelt sowie um die Frage, was für eine Vorstellung vom Sozialismus vertreten wird und welches Bild in der Sozialismuspropaganda der Kommunisten vermittelt wird.

Argument 1: In China ist die kommunistische Partei an der Macht

Zwar ist in China formal die KP an der Macht, von einem kommunistischen Programm kann allerdings jenseits staatsoffizieller Phrasen schwerlich die Rede sein – wie die forcierte Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse im ganzen Land zeigt. Das umgesetzte Programm der KP Chinas führt zu ei-

ner tiefgreifenden Transformation der ganzen Gesellschaft, der Wirtschaftsstrukturen und Staatsapparate hin zu bürgerlichen Verhältnissen, unbeschadet dessen, dass man sich bemüht, den roten Anstrich zu erhalten. Zweifellos sind nicht alle Mitglieder der Partei gleichermaßen mit diesem Kurs einverstanden. Dissens und abweichende Herangehensweisen artikulierten sich immer wieder, zuletzt noch in der Bo-Xilai-Affäre, in der ein exponierter Vertreter des linken Parteiflügels kaltgestellt wurde. [2]

Laut Statut der Partei besteht die ideologische Grundlage im Marxismus-Leninismus, den Mao-Zedong-Ideen, der Deng-Xiaoping-Theorie, den vom Ex-Parteichef Jiang Zemin erfundenen „wichtigen Gedanken der drei Vertretungen“ und – seit dem 16. Parteitag von 2002 – dem „wissenschaftlichen Entwicklungskonzept“. Die Aufzählung zeigt bereits, dass der „Marxismus-Leninismus“ hier eher zum Traditionsbestand gehört, den man neben allen möglichen anderen praktischen Richtlinien nennt, der aber keineswegs das übergreifende weltanschauliche Gebäude darstellt, auf dem das Programm fußt.

Wie es um den im Statut ja noch enthaltenen „Marxismus-Leninismus“ und seine „Erweiterung“ um die Ideen von Mao und Deng in der KP Chinas in Wirklichkeit bestellt ist, davon kann jeder Interessierte sich bei verschiedener Gelegenheit ein Bild machen [3]. Marxistisches Vokabular wird zum Teil als staatsideologische Formel beibehalten, der Inhalt wird den Herrschaftsbedürfnissen der aktuellen Elite so weit angepasst, bis es sich nicht mehr um revolutionäre Theorie und Praxis handelt, sondern um ein Instrumentarium zur Rechtfertigung des Status Quo sowie jeder Drehung und Wendung in der Politik der Partei. Die KP Chinas sieht sich laut Statut nicht nur als „Vorhut der Arbeiterklasse“, sondern auch als „Vorhut des chinesischen Volkes und der chinesischen Nation“ (!), was die Bourgeoisie inklusive ihrer imperialistischen Fraktion einschließt. Ihre Politik versteht sich also explizit als Interessenvertretung auch des Kapitals. Die Interessen des Proletariats und der Bauernschaft sollen in der „harmonischen Gesellschaft“ mit denen des Kapitals auf einmal vereinbar sein. Die Partei dient der Bourgeoisie als Karrierekanal

sowie als Feld zum Ausgleich ihrer widersprüchlichen Interessen, die in der Partei aggregiert und in eine kohärente Herrschaftsstrategie übersetzt werden können. Viele von Chinas Superreichen sind Mitglieder der Partei oder, wie der milliardenschwere ehemalige Premierminister Wen Jiabao, sogar deren hochrangige Funktionäre. Ein Einsatz für einen sozialistischen Entwicklungsweg, der die Millionäre und Milliardäre Chinas ihr Vermögen, ihre Macht und ihre Privilegien kosten würde, ist von diesem Personenkreis wohl nicht zu erwarten.

Argument 2: Der Staat spielt noch eine wichtige Rolle in der chinesischen Wirtschaft

Es ist zweifellos richtig, dass der Staat eine besonders zentrale Stellung in der chinesischen Ökonomie beibehält. Der Staat behält die Kontrolle über strategische Bereiche der Ökonomie, durch mehrheitliches Staatseigentum an den größten Betrieben in Schlüsselsektoren wie Energie, Metallurgie, Rüstung und Telekommunikation. Gleichzeitig ist die Wirtschaftsverfassung in mancher Hinsicht durchaus marktliberal geprägt: Vor allem lokale Behörden führen einen Standortwettbewerb gegeneinander um die Bereitstellung des profitabelsten Wirtschaftsklimas. Die „Chinesische Volksbank“ ist anders als europäische Zentralbanken staatlicher Kontrolle unterworfen, allerdings ist sie laut dem seit 1995 geltenden Zentralbankgesetz deutlich neoliberal-monetaristisch ausgerichtet. Die Monopole werden durch die derzeitige chinesische Entwicklungsstrategie nicht in Schach gehalten, sondern gezielt erst geschaffen und gestärkt – was aus Sicht der Führung durchaus Sinn macht, da es die notwendige Voraussetzung dafür ist, dass China auf dem Weltmarkt seine Stellung als „Global Player“ ausbauen kann.

Der erfolgreichen Herstellung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse folgt zwangsläufig die Etablierung als (zunächst ökonomische) Großmacht im imperialistischen Konzert der Mächte. Der Staat fungiert bei der Bildung einer chinesischen Monopolbourgeoisie als Katalysator, gerade auch als Anteilseigner an den kapitalistischen Betrieben. Auch in den größten Unternehmen, die sich weiterhin in

mehrheitlichem Staatsbesitz befinden, hat faktisch ein tiefgreifender Privatisierungs- und Kommodifizierungsprozess stattgefunden. Die chinesischen Konzerne unterscheiden sich in der Form der Betriebsführung nicht mehr wesentlich von ihren westlichen Konkurrenten. Ein Sektor mit sozialistischen Produktionsverhältnissen existiert in China nicht mehr. Stattdessen hat sich mittlerweile in deutlichen Zügen ein staatsmonopolistischer Kapitalismus herausgebildet, freilich in einer Variante, die in hohem Maße auf staatlicher Beteiligung und Lenkung beruht.

Diese Entwicklungsstrategie wird von der KP Chinas verfolgt, weil nur so ein anhaltendes, durch Kapitalzuflüsse noch beschleunigtes Wirtschaftswachstum möglich ist, ohne sich den zerstörerischen Folgen eines entfesselten Kapital- und Devisenverkehrs auszusetzen; außerdem weil die gewaltigen Widersprüche innerhalb des Landes, zwischen arm und reich, Stadt und Land, Ost und West, Han-Chinesen und ethnischen Minderheiten, Exportorientierung und sozialen Ansprüchen im Inneren nur auf diese Weise unter Kontrolle zu halten sind.

Argument 3: China verfolgt eine alternative, auf Frieden und Kooperation ausgerichtete Außenpolitik

Auch hier ist es zweifellos richtig, dass die Außenpolitik Chinas keine einfache Imitation westlicher Muster darstellt. Es ist allerdings keineswegs ungewöhnlich, dass Länder, die verschiedene Stellungen und damit auch Funktionen innerhalb des kapitalistischen Weltsystems einnehmen, auch verschiedenartige internationale Strategien zur Wahrung ihrer Interessen einschlagen. China hat ein Interesse an einer offenen Weltmarktordnung, um weitere Marktanteile für seine Konzerne zu gewinnen, und gleichzeitig an einer Einhaltung des Völkerrechts, dessen Geist und Wortlaut tendenziell die Schwächeren vor den Stärkeren schützt. Eine vorrangig gewaltförmige zwischenstaatliche Politik ist im Zeitalter der Atomwaffen nicht nur eine ständige Bedrohung für das Überleben der Menschheit, sondern auch gegen das Interesse der aufsteigenden Wirtschaftsmacht, die Raum zum Atmen für die Entfaltung ihrer ökonomischen Potenziale braucht.

Überhaupt ist es völlig irreführend, die kooperative Haltung der chinesischen Führung mit einer Außenpolitik im Interesse der Völker, der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu verwechseln. Die Linie Chinas impliziert im Gegenteil, die Rolle der Imperialisten zu verharmlosen und zu verschleiern und wo möglich auf Bündnisse mit ihnen zu orientieren. In diesem Kontext sind auch die verschiedenen Annäherungsversuche an Länder der EU zu verstehen. Die KP Chinas orientiert dabei nicht auf das Bündnis mit den klassenbewussten Teilen der Arbeiterklasse und den kommunistischen Parteien ihrer Partnerländer, sondern sie verhandelt mit Vertretern der Regierungen und des Kapitals. Die internationale Kooperation der kommunistischen Parteien ist für die KP Chinas nur eine unter mehreren Möglichkeiten, dem chinesischen Entwicklungsmodell im Ausland Anerkennung zu verschaffen. Eine andere ist z. B. die Annäherung an die „Sozialistische Internationale“, von der der stellvertretende Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen des ZK der KP Chinas u.a. behauptet, dass „es sehr viele Gemeinsamkeiten“ zwischen ihr und seiner Partei geben würde [4].

Zu Argument 4: China kann den Sozialismus nur über eine lange Zwischenphase erreichen

Obwohl in China 1949 die objektiven Bedingungen für den Sozialismus kaum erfüllt waren, drängte die revolutionäre Entwicklung auch damals schon sehr schnell zum Sozialismus. Der sozialistische Aufbau in China war – trotz Widersprüche – im Großen und Ganzen erfolgreich und ermöglichte immense soziale Errungenschaften. Grundlage dafür war ein auch damals schon rasantes industrielles Wachstum, das selbst für die chaotische Phase der Kulturrevolution auf zehn Prozent jährlich geschätzt wird [5]. Die „Theorie“ der KP Chinas, dass die „Marktwirtschaft“ die Voraussetzungen für den zukünftigen Sozialismus schaffe, verdreht somit die Tatsachen: In Wirklichkeit war es umgekehrt die sozialistische Entwicklungsphase, die die ökonomischen, kulturellen und politischen Voraussetzungen schuf, die die schnelle Entwicklung des heutigen chinesischen Kapitalismus ermöglichen.

Angesichts der positiven Gesamtbilanz gab es bei Maos Tod 1976 wenig objektive Gründe, an der Richtigkeit der grundlegenden Orientierung auf den sozialistischen Aufbau zu zweifeln: China stand ökonomisch sehr viel besser da als 30 Jahre zuvor, die Lebenssituation hatte sich trotz weiterhin großer Armut sehr verbessert und die Massen standen im Großen und Ganzen hinter der kommunistischen Partei und dem sozialistischen Projekt. Die Behauptung, dass eine Alternative zum von Deng eingeleiteten konterrevolutionären Prozess unmöglich war, ist daher nicht plausibel. Die Strategie der chinesischen KP hat nach 1978 die sozialistische Zielstellung und die Interessen seiner Arbeiterklasse dem Wachstumsziel geopfert. Der wachsende Lebensstandard und die Verringerung der Armut, die oft als Argumente für die Richtigkeit des gegenwärtigen Kurses angeführt werden, gehen einher mit explodierender sozialer Ungleichheit, hemmungsloser Ausbeutung großer Teile der Arbeiterklasse, verheerender Umweltzerstörung sowie einer Desorganisation und Entmachtung der Arbeiterklasse. Seit einigen Jahren wächst der Widerstand der chinesischen Arbeiterklasse und der Bauern gegen die Politik der Regierung und oft bezieht man sich dabei explizit auf die revolutionären Traditionen der Vergangenheit. Die herrschende Partei beantwortete diese Bewegungen aber nicht mit Sympathie und Solidarität, sondern mit brutaler Polizeigewalt, Gefängnisstrafen und Unterstützung für die Arbeitgeberseite.

Doch unabhängig davon, ob es 1978 historische Alternativen gab, ist heute die Ausgangssituation ohnehin eine ganz andere. Heute wären die Aufgaben des Sozialismus in China – vor dem Hintergrund seiner ökonomischen, politischen und militärischen Stärke – erst recht durch die Vorteile zentraler Planung und auf Grundlage des bereits geschaffenen Reichtums lösbar, ohne dabei die grauenhaften Widersprüche des jetzigen Wachstumsmodells in Kauf nehmen zu müssen.

Thesen für die weitere Diskussion

Vor dem Hintergrund der hier geführten Diskussion ausgewählter Argumente, möchte ich die folgenden Thesen in die weiterzuführende Diskussion um den Klassencharakter der VR China einbringen:



- China ist kein sozialistisches Land, sondern ein kapitalistisches, das seinen Platz in der imperialistischen Pyramide einzunehmen bestrebt ist.
- Die KPCh ist keine kommunistische Partei, sondern eine rechtsopportunistische bis liberale Partei mit an den Rand gedrängten marxistischen Kräften in ihrem Inneren.
- Der „Umweg“ über den Kapitalismus in China stellte und stellt keinen „Sachzwang“ dar, sondern eine bewusste Entscheidung politischer Eliten, die sich auf diesem Weg und auf obszöne Weise bereichert haben und dies weiterhin auf Kosten der Massen tun. Alternativen dazu gibt es.
- Eine sozialistische Kehrtwende der chinesischen Politik ist heute nicht mehr möglich. Die Politik der KPCh hat die Perspektiven für den Sozialismus auf absehbare Zeit, zumindest ohne eine Revolution von unten unter Führung einer wirklich revolutionären KP, zerstört und damit für die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung unermesslichen Schaden angerichtet.
- Kommunistische Parteien täten gut daran, sich vom Wunschdenken und oberflächlichen Analysen bezüglich Chinas zu verabschieden und stattdessen die chinesische Erfahrung als einen weiteren Fall zu analysieren, der zeigt, wie weltanschaulicher Revisionismus und die Schaffung einer sozialen Basis für denselben zu gegenseitig verstärkenden Faktoren werden können, die ein sozialistisches Projekt zu Fall bringen können. Die Solidarität mit dem kapitalistischen Restaurationsprojekt in China ist nicht nur vom Standpunkt kommunistischer und antiimperialistischer Programmatik und des proletarischen Internationalismus nicht zu rechtfertigen. Die fatalen Illusionen, die Teile der kommunistischen Bewegung bezüglich Chinas weiterhin pflegen, sind ein weiteres Symptom der tiefen weltanschaulichen Krise der Bewegung, die sich seit dem Zweiten Weltkrieg bemerkbar gemacht hat und seit 1989/90 offen ausgebrochen ist.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] R. Corell (2015): Kampf der Linien in der KPCh, T&P 39
- [2] Z. Yuezhi (2012): The Struggle for Socialism in China. The Bo Xilai Saga and Beyond, Monthly Review 64
- [3] Vgl. z. B. D. Kotz (2007): The State of Official Marxism in China Today, Monthly Review 59
- [4] KKE (2010): Die Kommunistische Partei Chinas und ihre strategischen Gespräche mit der Sozialistischen Internationale, deold.kke.gr
- [5] M. Hart-Landsberg/P. Burkett (2005): China and Socialism, New York, S. 37

** Der Beitrag führt die in T&P 39 begonnene China-Diskussion fort und darf als eine Antwort auf die verschiedenen Beiträge dort gelesen werden. Es handelt sich hierbei um eine gekürzte Fassung. Die ausführlichere Originalfassung ist auf unserer Website abrufbar (Anm. d. Red.).*



LITERATURTIPP

Klaus Linder*

DER KURZE GRIECHISCHE FRÜHLING

Die neuere politische Publizistik bietet selten Untersuchungen, die die jüngste Vergangenheit in ihrer Unabgeschlossenheit so darlegen, als hätten wir bereits historischen Abstand. Das Buch von Andreas Wehr ist so eine, eine spannende zumal. Der Eindruck von Geschichtlichkeit des Gegenwärtigen ist nicht ein Kunstgriff, sondern entspringt der rasanten Verschärfung imperialistischer Angriffe im weltpolitischen Maßstab, die fast monatlich die Lage von gestern als überholt erscheinen lassen und zugleich deren Widersprüche fortschleppen.

Herrschaft des Finanzkapitals

Wehr hebt die Knoten- und Wendepunkte im Fluss der Ereignisse unaufdringlich lenkend hervor. Die Methode

ist dialektisch. Beim Lesen des ganzen Werks bemerkt man, wie selten das geworden ist.

Wehr zeigt am Fall Griechenland, wie der Absturz „Schuldner“ und „Gläubiger“ zugleich betrifft – „auch jene in den kerneuropäischen Ländern, die gestern noch so freigiebig mit Krediten waren“, und welche Klassenbündnisse daraus getrieben die Oberhand gewinnen. Er stellt klar und zeigt durch den mit Euro abgesicherten Kapitalexpert der „Kernländer“, dass es eben nicht um korrigierbare Fehlentwicklungen eines „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ geht, sondern um die „Herrschaft des Finanzkapitals“ und um die sich immer deutlicher verlagernden Ungleichgewichte der führenden Imperialisten bei der Neuaufteilung der Welt.

Weshalb Griechenland?

Das Buch geht den Motivationen der treibend-getriebenen Akteure wo nötig minutiös nach. Am besonderen Fall wird erhellt, in welchen Widersprüchen sich jede imperialistische Bourgeoisie heute weltweit bewegt. Das III. Kapitel „Weshalb Griechenland?“ rollt den Krisenverlauf quasi von Beginn auf und fragt „warum hatte die Regierung (Papandreou) in dieser Situation nicht den Staatsbankrott erklärt?“. Wehr lässt keinen Zweifel, „dass der griechischen Bevölkerung dadurch ihr Leidensweg erspart geblieben wäre“. Aber „eine solche Liquidation hätte gegen die Interessen der griechischen Banken durchgesetzt werden müssen“. Hier liegt einer der zahlreichen indirekten Hinweise, wie die Klassen- und die

Souveränitätsfrage, die soziale und die nationale Frage aufeinander bezogen werden müssten.

Zu solch klaren Aussagen führt ein Anlauf, der „den Weg Griechenlands in die Knechtschaft“ im Vergleich mit anderen europäischen „Versuchskaninchen“ herausarbeitet. Zahlen, Fakten, Zitate werden – mit geschickter Nutzung bürgerlicher Quellen – eingefügt, um im Zusammenwirken vielfältiger Faktoren aufzuzeigen, warum die Gesamtentwicklung diesen und keinen anderen Verlauf nahm. Wehr, der sozusagen mehrstimmig schreibt, zeigt also Widersprüche in Bewegung, eine „monokausale“ Erklärungsweise ist dem Autor so fremd wie die positivistische Aneinanderreihung von Tatsachen.

Die Illusion, die EU zu demokratisieren

Obwohl nun wiederum an der grundsätzlichen Fehlorientierung Syrizas kein Zweifel besteht, gibt Wehr den Verlauf an keiner Stelle so wieder, als sei er vorherbestimmt. Wie aber immer die Angreifer die Instrumente der EU nutz(t)en, um Griechenland in die Knie zu zwingen: über die Kapitulation von Syriza, ihren aktiven Anteil an der Schuld, ist Wehr eindeutig. Sie scheitert mit der Illusion eines „demokratischen und sozialistischen EU-Europas“, „das die Europäische Linke als ihr Ziel beschreibt“. Es war Tsipras, der in seiner Regierungserklärung das Märchen von den „Gründungsprinzipien“ der EU wiederholte und „in aller Deutlichkeit“ erklärte: „Griechenland will seine Schulden bedienen.“ Auch in Wehrs Darstellung der „Erpressung“ Syriza-Griechenlands erweist sich die Überlegenheit einer dialektischen Darstellung aus dem Gesamtzusammenhang. Sie führt zu einer Einschätzung der „Erpressung“ durch Deutschland-EU, die einen Kern des Widerspruchs gerade auch in Syriza selber aufdeckt. Es wird plausibel, dass der bloß moralische Vorwurf einer „Erpressung“ Tsipras' am lautesten von jenen „Linken“ erhoben wurde, die an die Bekämpfung der EU nicht einmal denken.

Aufhebung der Souveränität

So wurde Griechenland für die deutsche Europapolitik unverzichtbar zur Erprobung von Instrumenten, die in

der ganzen Eurozone angewendet werden sollen: „Es geht dabei um die weitgehende Aufhebung der Souveränität eines Landes zugunsten einer direkten Lenkung durch Brüssel bzw. Berlin.“ „Wesentliche Souveränitätsrechte gingen auf den IWF in Washington, die Europäische Kommission in Brüssel und die Europäische Zentralbank in Frankfurt am Main über.“ Wehr führt die FAZ an, die schon 2011 schrieb: „Tatsächlich wird Griechenland auf absehbare Zeit nur eine eingeschränkte Demokratie sein. Das griechische Volk kann wählen was es will – wirklich ändern kann es nichts.“

Auf den ersten Blick scheint nachrangig, wie die griechische Bourgeoisie zu den „Memoranden“ steht, da ja die Angriffe über Brüssel insbesondere von Berlin aus geführt werden. Aber diese Politik fand die Billigung und Unterstützung der griechischen Bourgeoisie – und Wehr unterstreicht was seit je von der KKE betont wurde: wie falsch es wäre, die Rolle der „heimischen“ griechischen Bourgeoisie bei der Durchführung des imperialistischen Angriffs zu unterschätzen und im Klassenkampf zu vernachlässigen. Wehrs Begriff von nationaler Souveränität ist somit alles andere als klassenindifferent. Die Durchführung des Motivs verleiht dem ganzen Buch eine antiimperialistische und antikolonialistische Stoßrichtung, die über den Untersuchungsgegenstand hinausweist.

Referendum als Herrschaftsinstrument

Nachdem es Syriza tatsächlich einmal mit dem Coup des Referendums dem Anschein nach gelang, sich für einen kurzen Moment an die Spitze einer sich bildenden patriotischen *volonté générale* zu setzen, um diese dann in „Zustimmung“ für die von Tsipras exekutierte Memorandums-Politik umzumünzen, wäre nichts falscher als diese Partei – für Wehr der Prototyp einer linkspopulistischen Patchwork-Partei – zum Kristallisationspunkt einer Volksfront im Entstehungszustand zu stilisieren. Das ist schon ausgeschlossen durch ihre illusionäre Haltung zur EU. Dass das Referendum zugleich die Nebelkerze war, hinter der die nächsten volksfeindlichen Stöße vorbereitet wurden, war wiederum der KKE wohl bewusst. Allein – verwerten konnte sie das zunächst nicht. Wehr: „Mit ihrem

Aufruf, beim Referendum ungültig zu stimmen, hatte sich die KKE gegenüber jenen isoliert, die einfach nur zum Ausdruck bringen wollten, dass sie sich dem Brüsseler Diktat nicht beugen und die Souveränität ihres Landes verteidigen.“ Vor diesem Hintergrund nimmt Wehr die griechischen Kommunisten gegen den Vorwurf des Sektierertums entschieden in Schutz. „Diese wohlfeile Anklage gegenüber der KKE war daher ein durchsichtiger Versuch, ihr eine Mitschuld am Debakel des Aleksis Tsipras zuzuschreiben (...) Die Strategie von Syriza zielte denn auch darauf ab, sich als die einzig realistische, da regierungsfähige Alternative darzustellen und mit diesem Angebot der KKE die Wähler abspenstig zu machen. Damit war sie ja auch ausgesprochen erfolgreich. (...) Syriza hatte also ihre Chance und sie hat sie nicht nutzen können.“

Der Autor beweist einmal mehr sein feines Gespür, wenn das Buch mit einem Ausblick in die Parteitheorie endet. Gerade in Deutschland dürfte, insbesondere nach den Wahlerfolgen der AfD, die Diskussion um eine „linkspopulistische Sammlung“ bald wieder aufleben. Wehr dazu: „Es bedarf wieder starker, geschlossener und eigenständiger Parteien, die sich über ihren Weg klar und in der Arbeiterklasse verankert sind. Ohne sie gibt es keinen Fortschritt.“

Quellen und Anmerkungen:

[1] A. Wehr, *Der kurze griechische Frühling*. Das Scheitern von SYRIZA und seine Konsequenzen. PapyRossa Verlag, Köln 2016.

* *Die Rezension wurde mit freundlicher Genehmigung des Autors aus der Mai-Ausgabe des „Berliner Anstoß“ übernommen und redaktionell gekürzt (Anm. d. Redaktion).*



INHALT

<i>Johannes Magel</i> Editorial	1
<i>Hans-Peter Brenner</i> Bundestagswahl 2017: „Seien wir Realisten ...“	2
<i>Doris Pumphrey</i> „Offene Grenzen“ und linke Wohlfühlrhetorik	3
<i>Swetlana Ebert</i> Zum Beispiel Slawjansk	5
<i>Daniel Bratanovic</i> Kämpferin für das Wohl aller	10
<i>Jürgen Lloyd</i> Organisationsprinzipien einer marxistisch-leninistischen Partei	11
<i>Hans-Günter Szalkiewicz</i> Dorf des Widerstands	12
<i>Klaus Mausner</i> Wie wir den „roten Faden“ wieder aufnehmen	15
<i>Kurt Baumann</i> „Unentbehrliches Hilfsmittel“	17
<i>Richard Corell</i> „Querfront“ – Rosstäuscher am Werk	19
<i>Stephan Müller</i> „Digitalisierung“ – Zur Entwicklung der Produktivkraft im gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus	21
<i>Thanasis Spanidis</i> Die Diskussion um den Klassencharakter der VR China	23
Literaturtipp	
<i>Klaus Linder</i> Der kurze griechische Frühling	26

IMPRESSUM

www.theoriepraxis.wordpress.com

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik
V. i. S. d. P.: Johannes Magel, 30175 Hannover

Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift: Johannes Magel, Scharnhorststraße 18,
30175 Hannover, E-Mail: TundP-Box@web.de

Druck: Eigendruck

Auflage: 1500

Der Bezug ist unentgeltlich.

T&P erscheint einmal im Quartal.

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

Michael Beltz,
Spendenkonto Theorie & Praxis,
Konto-Nr. 419 702,
Sparkasse Gießen, BLZ: 513 500 25,
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02,
SWIFT-BIC: SKGIDE5F

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion unter der obigen Adresse oder per E-Mail an **TundP-Box@web.de** zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten.

Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter www.theoriepraxis.wordpress.com verwiesen. Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar.

Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen.

Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.